

Wortprotokoll 10. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode

Donnerstag, 4. Juli 2024, 19.00 Uhr
im Rathaussaal

Anwesend	36 Mitglieder des Gemeinderats 37 Mitglieder des Gemeinderats ab Traktandum 8 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR F. Herzog, GR Schindler, GR Tekin
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	GR Käslin
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	Gemeinderatspräsident René Knöpfli
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Lisa Diethelm

Traktanden

Einbürgerungen gemäss Beilage

1. Dedeck, Oliver
2. Imeraj, Valon
3. Ivkic, Katarina
4. Kirsch, Anna-Katharina Franziska
5. Sarikaya, Ayhan
6. Sarikaya, Sedat / Sarikaya, Gülüzar
7. Sauter, Joachim / Sauter, Andrea / Sauter, Sofie / Sauter, Mateo

Botschaften

8. Totalrevision Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen inkl. Gebührentarif sowie Aufhebung Gebührenreglement für den Gesetzlichen Betreuungsdienst der Stadt Kreuzlingen

Motionen

9. Motion Gesamtverkehrskonzept "Mobilität Kreuzlingen 2050" / Begründung
10. Motion Mehrheitsfähige Strassensanierungen in der Stadt Kreuzlingen / Begründung
11. Motion und Vision Langfristige Verkehrsentslastung von Kreuzlingen - "Kreuzlinger-Kolonnaden" Bau eines querenden Viadukts auf Kreuzlinger Boden" / Begründung

Postulate

12. Postulat Soziale Verantwortung - Günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen / Stellungnahme
13. Postulat von städtischem Geld unbeeinflusste und unabhängige Medien – Einstellen der Finanzierung von Medien durch die Stadt Kreuzlingen / Begründung

Interpellationen

14. Interpellation "Preisgünstiger Wohnraum" / Begründung

Verschiedenes

15. Schriftliche Anfrage Schloss Seeburg – ein Restaurant in Zukunft nur noch für gut bezahlte Events? / Beantwortung
16. Schriftliche Anfrage Wie weiter im "neuen Buszeitalter"? / Beantwortung
17. Schriftliche Anfrage zur Aufarbeitung und Reflexion der politischen Entscheidungen in der Corona-Zeit in Kreuzlingen / Beantwortung
18. Verschiedenes
- 18.1. Schriftliche Anfrage was tut die Gemeinde Kreuzlingen zur Unterstützung der Rückreise bzw. Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber um die Sicherheit ihrer Einwohner zu verbessern und wie ist die Situation bei der Nothilfe trotz negativem Asylentscheid? / Eingang
- 18.2. Motion Senkung des Steuerfusses der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59% / Eingang
- 18.3. Schriftliche Anfrage Abläufe Sozialamt

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Der Ratspräsident: Geschätzte Gemeinderätinnen, geschätzte Gemeinderäte, geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträte, geschätzte Gäste, ich heisse Sie ganz herzlich willkommen zur heutigen Gemeinderatssitzung. Leider muss ich diese Sitzung mit einem Sorry anfangen; einem Sorry gerichtet an GR Dogru. Lieber Osman, ich war in der letzten Sitzung so im eigenen Tunell, dass ich schlicht und einfach vergass, dir für deine Arbeit im Büro zu danken, was ich hiermit nachhole. Ganz herzlichen Dank für deinen Einsatz und für deine Arbeit in den letzten Jahren im Büro. Es tut mir leid, und ich hoffe, du warst mir nicht allzu lange böse.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.
Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

1. Dedeck, Oliver

Entscheid

Dedeck, Oliver wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

2. Imeraj, Valon

Entscheid

Imeraj, Valon wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Ivkic, Katarina

Entscheid

Ivkic, Katarina wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Kirsch, Anna-Katharina Franziska

Entscheid

Kirsch, Anna-Katharina Franziska wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Sarikaya, Ayhan

Entscheid

Sarikaya, Ayhan wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

6. Sarikaya, Sedat / Sarikaya, Gülüzar

Entscheid

Sarikaya, Sedat / Sarikaya, Gülüzar wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

7. Sauter, Joachim / Sauter, Andrea / Sauter, Sofie / Sauter, Mateo

Entscheid

Sauter, Joachim / Sauter, Andrea / Sauter, Sofie / Sauter, Mateo wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Herzliche Gratulation zum Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen. Ihre Gesuche gehen jetzt noch zum Kanton, danach dürfen Sie von Ihren neuen Rechten Gebrauch machen und müssen nicht bloss Ihre Pflichten erfüllen wie bisher.

Botschaften

8. Totalrevision Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen inkl. Gebührentarif sowie Aufhebung Gebührenreglement für den Gesetzlichen Betreuungsdienst der Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist unbestritten.

Der Ratspräsident verweist auf die Tischvorlage (Protokoll Beilage 1).

GR Andreas Hebeisen: Wir haben uns an der Sitzung vom 12. Juni 2024 in unserer Kommission durch die Ziffern gekämpft. Es war eine längere Diskussion, aber zu verschiedenen einzelnen Punkten. Dies sind aber Details, von denen ich denke, dass sie nicht wichtig genug sind, um heute die Sitzung zu verlängern. Ich gehe davon aus, dass Sie in den Fraktionen, soweit wesentlich und von Interesse, abgehandelt wurden. An unserer Sitzung anwesend waren wie immer der Stadtpräsident und auch wie fast immer RA Angelo Fedi, der uns rechtlich die Leitplanken aufzeigte. Das Wesentliche seht ihr in der

Botschaft, ich verzichte auf Wiederholungen. Hier nur ein paar kurze Ergänzungen: Gesetzliche Grundlage für das, was wir heute Abend machen und entscheiden, ist Art. 29 lit. b. der Gemeindeordnung. Das ist eine Generalkompetenz für alles, was nicht anderweitig an Gebühren geregelt ist. Der Stadtrat könnte einfache Gebühren wie Kanzleigeühren selbst regeln. Das wollte er nicht, um das Ganze nicht noch komplizierter zu machen. Deshalb haben wir in diesem Reglement auch Gebühren, die unter die stadträtliche Kompetenz fallen könnten. Auf die Frage, wann dieses Reglement in Kraft trete, erhielten wir die Antwort, es könne sofort nach Ablauf der Frist für das fakultative Referendum in Kraft gesetzt werden. Detailfragen wurden erwartungsgemäss zum Gebührentarif gestellt, weil man dort viele Themen findet, von denen man einmal selbst betroffen sein könnte. Auch hier verweise ich darauf, dass ihr das wahrscheinlich in eurer Fraktionssitzung durchgenommen habt. 6.1.b. Unterhaltsverträge von nicht verheirateten Paaren mit Kindern: Unverheiratete Paare mit Kindern müssen einen Unterhaltsvertrag abschliessen. Dazu kam eine Diskussion auf, ob die CHF 200 nicht zu wenig seien. Die Mehrheit der Kommission fand aber, man könne dem stadträtlichen Antrag folgen. Die Tischvorlage erkläre ich kurz, soweit sie nicht selbsterklärend ist.

Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen (Beilage 4 zur Botschaft): Das Fettgeschriebene rechts ist neu. Es geht darum, wann man eine Gebühr innerhalb des Gebührenrahmens festlegen kann und wann man über den Gebührenrahmen hinausgehen kann. Bei Dringlichkeit eines Geschäfts ist die Meinung, dass man nicht über den Gebührenrahmen hinausgehen kann, weil häufig etwas dringlich ist. Hingegen hat man die Möglichkeit, bei besonders hohem Aufwand den Gebührenrahmen zu überschreiten, muss dies aber begründen. Ich möchte klarstellen, dass dies nicht eine Erfindung unserer Kommission ist, sondern dass das bereits die Idee des Stadtrats war. Wir haben probiert, es zur Verdeutlichung ein bisschen klarer zu formulieren.

Gebührentarif (Beilagen 5 und 6 zur Botschaft): Hier gibt es eine kleine redaktionelle Änderung: "von" statt "vom". 4.2 Zirkus: Hier war vorgesehen, das Platzgeld von CHF 200 bis CHF 1'200 auf CHF 300 bis CHF 1'500 zu erhöhen. Die Kommission stellt den Antrag, diese Gebühr nicht zu erhöhen. Die Kommission findet, es sei nicht sinnvoll, den Zirkussen Steine in den Weg zu legen. Leistungen Werkhof und Energie Kreuzlingen: Das haben wir auseinandergenommen. Vorher war es b., jetzt ist es b. und c. Die Leistungen von Energie Kreuzlingen werden immer nach Aufwand verrechnet, hingegen sind gewisse Standardleistungen des Werkhofs im Platzgeld bereits enthalten. Deshalb hat man das verdeutlicht und ergänzt, dass beim Werkhof Zusatzleistungen nach Aufwand verrechnet werden können. 4.3 Benützung des öffentlichen Grunds: Die Kommission war der Meinung, in der Stadt sollte möglichst viel laufen, deshalb sollte man diejenigen, die wollen, dass etwas läuft, nicht noch Steine in den Weg legen. Deshalb unterbreitet euch die Kommission den Antrag, es bei mindestens CHF 40 statt mindestens CHF 50 zu belassen. Hunde: Ein Mitglied der Kommission wollte beantragen, die Gebühr für den ersten Hund von bisher CHF 100 zu erhöhen. Der Stadtpräsident orientierte darüber, dass dies kantonale geregelt ist. Daher ist dieser Antrag in der Tischvorlage nicht enthalten. Hingegen hat sich ergeben, dass wir nach kantonalem Recht die Gebühr für den zweiten Hund erhöhen dürfen. Deshalb unterbreitet die Kommission euch den Antrag, die Gebühr für den zweiten Hund von CHF 140 auf CHF 160 zu erhöhen. Die Kommission hat einstimmig für die Vorlage mit den Änderungen gemäss Tischvorlage gestimmt.

GR Schläfli: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion hat an ihrer Sitzung festgestellt, dass sie grundsätzlich mit der Totalrevision des Gebührenreglements, mit dem neuen Gebührentarif und der Aufhebung des Gebührenreglements für den Gesetzlichen Betreuungsdienst einverstanden ist und wir weshalb dieser Revision einstimmig zustimmen werden. Weil die Gebühren der Einbürgerungskommission noch nicht angepasst worden sind, wie vom Preisüberwacher empfohlen und ihm Wissen, dass die EBK bereits an einer Verschlankung ihrer Aufgaben ist, wünschen wir uns eine baldige Bereinigung dieser Pendenz und möchten dazu gern eine Frist zur Umsetzung bis zum 1. Januar 2026 empfehlen.

GR Neuweiler: Die Überarbeitung ist ja gekommen, weil die Revisionsgruppe und die BDO dies vor einigen Jahren angeregt haben. Seit 1994 sind Personalkosten sowie Materialkosten gestiegen, der Papierpreis sogar um Einiges. Diskussionen gab es bei uns, wenn man – von Amtes wegen – ein Dokument braucht, dass beispielsweise ich wirklich ich bin, obwohl ich einen Pass, eine ID und ein Familienbüchlein habe. Ob das nicht besser gratis wäre? Denn ich selbst will das ja nicht, sondern der Staat will es. Daran haben wir keine grosse Freude. Wir fragen uns, ob es gescheit ist, im Steuerbereich, wo die

Abläufe im Moment nicht so kundenfreundlich sind, die Gebühren zu erhöhen. Nichtsdestotrotz – ohne grosse Freude – wird unsere Fraktion der Totalrevision einstimmig zustimmen.

Der Ratspräsident: Mittlerweile ist GR Käslin eingetroffen. Somit sind wir 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das absolute Mehr beträgt weiterhin 19.

GR Zülle: Die MITTE/EVP-Fraktion hat die Botschaft Totalrevision Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen inklusive dem Gebührentarif sowie die Aufhebung des Gebührenreglements für den Gesetzlichen Betreuungsdienst der Stadt Kreuzlingen eingehend geprüft und diskutiert. Die Fraktion befürwortet insbesondere die Belassung der Zirkustarife, weil diese im öffentlichen Interesse einen Unterhaltungswert darstellen, der die Stadt attraktiv gestaltet. Weiter wurde geklärt, dass die Unterhaltsverträge für nicht verheiratete Paare nicht Pflicht sind und daher die anfänglichen Bedenken um den Mehraufwand sich erledigt haben. Damit stimmt die Fraktion der Botschaft samt den Kommissionsänderungsanträgen einstimmig zu.

GR Ch. Brändli: Die FDP-Fraktion wird die Anträge der vorberatenden Kommission jeweils unterstützen. Diskussionen gab es einzig bei der Hundesteuer, dort braucht es vielleicht noch ergänzende Erklärungen des Kommissionspräsidenten der AuA und natürlich auch vom Stadtpräsidenten, was er mit diesem Haufen Geld, welches da in die Stadtkasse fliesst, eventuell quersubventionieren will. Dass müsstet ihr euch auch noch rasch überlegen. Aber schlussendlich wird die Fraktion dem Geschäft zustimmen.

GR Merk: Unsere Fraktion hat die Botschaft zur Totalrevision des Gebührenreglements und den Gebührentarif diskutiert. Vieles in dieser Revision sind kleine, formale Änderungen. Die inhaltlichen Änderungen sind überschaubar. Bereits in der Kommission AuA haben wir uns ausführlich über Hunde, deren CO₂-Abdruck, über Hundesteuern, über Steuern für andere Haustiere und auch über Platzgeld für Zirkusveranstaltungen unterhalten. Ich habe vielleicht noch eine Klärung zu 6.1.b., welchen der Kommissionspräsident bereits angesprochen hat, nämlich die Unterhaltsverträge für nicht verheiratete Paare mit Kindern. Ich bin auch Mitglied dieser Kommission und habe etwas behauptet, was nicht stimmt. Das Departement hat es für mich geklärt, herzlichen Dank. Laut Auskunft war es bis 2015 tatsächlich gesetzlich vorgeschrieben, einen solchen Unterhaltsvertrag abzuschliessen. Seither ist es fakultativ. Aus finanzieller Sicht hat die Stadt ein Interesse daran, dass Konkubinatspaare mit Kindern diese CHF 200 für den Unterhaltsvertrag investieren, weil es im Fall einer Trennung der Eltern nicht selten zu deutlich mehr Kosten kommen kann. In einfachen Fällen, auch dies die Auskunft des Departements, sind diese Kosten gedeckt. Bei komplexeren Fällen ist der Aufwand vielleicht ein bisschen höher als die Gebühren von CHF 200, das ist aus unserer Sicht bei 5-10 Fällen pro Jahr vertretbar. Die heikle Frage der Einbürgerungsgebühren ist noch ausgeklammert, obwohl die EBK das Thema bereits im März diskutiert hat. So haben wir aber auch die Möglichkeit, nochmals über die Bücher zu gehen, und die Einbürgerungskommission ist daran, diesen Prozess möglichst zu verschlanken. Das ist aus Sicht der Einbürgerungswilligen sicher begrüssenswert. Ob die Gebühren für diesen Prozess damit höchstens kostendeckend sind, ist damit ja noch nicht gesagt. Die EBK wird einen Vergleich mit anderen Gemeinden machen, eine eigene Kostenaufstellung machen und dann einen Tarif festlegen. Die vorliegende Totalrevision des Gebührenreglements heissen wir als Fraktion einstimmig gut.

GR Schulthess: Ich habe vor, mein Wahlversprechen einzuhalten und mich diesen Gebührenerhöhungen entgegenzustellen. In dieser Reglementsänderung sind diverse Gebührenerhöhungen enthalten, und es bleibt offensichtlich wieder einmal an mir hängen, im Rat eine liberale Position zu vertreten, da die SVP und die FDP entgegen ihren Wahlversprechen im Fernsehen, welches sich gegen jede Gebührenerhöhung stellt, an dieser Stelle dann wieder zustimmen. Ich werde mich entsprechend ablehnend verhalten. Ich möchte auch schon an dieser Stelle beliebt machen, die Abstimmung am Schluss per Namensaufruf zu machen, falls ich dafür eine Mehrheit bekomme. Denn ich finde, die Politik sollte ein bisschen Verantwortung übernehmen und sich messen lassen, damit die Leute, die im nächsten Wahlkampf sagen, sie seien gegen die Erhöhung der Hundesteuer, vom Wähler überprüft werden könnten. Die Intention für diese Reglementsrevision kommt gemäss Botschaft aus dem BDO-Prüfbericht. Wenn ich den genau lese, ist im Bereich, den wir hier haben, eigentlich mehr die Meinung, dass keine Dokumentation nach IKS besteht und man das nachholen sollte. Einige Sachen sind nicht aktuell, einige Rückvergütungen sind nicht erfolgt. Aber ich entnehme dem BDO-Revisionsbericht keine dezidierte Grundlage, wir sollen die Gebühren nach oben anpassen. Ich lese es anders. Das wäre der Moment zu

sagen, das ist genauso ein Inflationstreiber. Alles wird teurer, weil alles teurer wird. Und jetzt gehen wir in der Politik hin und erhöhen irgendwelche Registergebühren, zum Beispiel für einen Heimatschein. Die Stadt will von mir einen Heimatschein, ich nehme ihn und reiche ihn unter dem Desk wieder hinüber, und das wird jetzt teurer. Da möchte ich doch die liberal denkenden Leute hier im Rat noch einmal dazu einladen, sich zu überlegen, ob man dem zustimmen will. Dann habe ich noch eine Schlussanmerkung zur Ausgangslage in der Botschaft, die der Stadtrat verfasst hat. Der Stadtrat schreibt, das Ganze sei der Corona-Pandemie geschuldet, wo es grosse Unsicherheiten gegeben habe, weshalb man es damals nicht habe anpassen können. An dieser Stelle möchte ich gern Ueli Maurer zitieren, der sagt: "Das war keine Pandemie. Das Unglaubliche an dieser Geschichte, dass es möglich ist, fast weltweit eine Hysterie auszulösen." Das einfach als Anmerkung, falls ihr wieder Corona als Ausgangslage für irgendwelche Botschaften verwendet, wäre dann überholt.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Der Ratspräsident: Damit wir weniger blättern müssen und weniger hin und her springen müssen, gehe ich Beilage 4 (Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen) und Beilage 6 (Gebührentarif zum Gebührenreglement) ebenfalls einzeln Punkt für Punkt durch.

GR Salzmann: Zum Thema FDP und Gebühren muss ich noch kurz etwas loswerden. Die FDP ist für finanzielle Transparenz, und Gebühren sollten eigentlich so hoch sein wie die Kosten des entsprechenden Verwaltungshandelns. Denn Gebühren sind nicht voraussetzungslos geschuldet, sondern werden erhoben, wenn ich als Bürger irgendetwas will. Ich möchte nicht, dass der Steuerzahler das Verwaltungshandeln durch Steuergelder quersubventionieren muss, weil die Gebühren nicht ausreichen. Ich bin bekannt für meine Fragenkataloge. Zum Gebührenreglement habe ich an meine AuA-Vertreter zwölf Fragen gestellt, allerdings erst einen Tag nach der Sitzung, weshalb sie nicht behandelt werden konnten. Der Stadtpräsident, der Stadtschreiber und die stellvertretende Stadtschreiberin haben mich eingeladen, um meine Fragen zu beantworten. Dafür möchte ich euch herzlich danken, das ist keine Selbstverständlichkeit, das ist wirklich super.

Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen (Beilage 4)

Art. 8 Ansätze nach Bundes- oder kantonalem Recht

GR Salzmann: Hier geht es um die Ansätze von Bundes- und kantonalem Recht. Ich verstehe Art. 8 so, dass Art. 6 und Art. 3 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 nicht gelten, aber Art. 7 sehr wohl. Das war für mich nicht präzise formuliert. Ist das korrekt? Ist das so gemeint?

STP Niederberger: Art. 8 besagt, dass Gebührenansätze, die in einem übergeordneten Reglement oder Gesetz festgehalten sind, eingehalten werden müssen und dass wir davon keine Reduktionen machen können, ausser es wäre im übergeordneten Recht oder Gesetz so vorgesehen. Ich verstehe diesen Artikel so.

Art. 3 Gebührenfestsetzung (Tischvorlage Antrag AuA)

Der Ratspräsident: Der Antrag der AuA lautet: "Innerhalb eines Gebührenrahmens sind die Gebühren nach dem Zeit-, Arbeits- und Materialaufwand zu bemessen. Es kann innerhalb des Gebührenrahmens ein Dringlichkeitszuschlag erhoben werden."

Abstimmung

Der Antrag der AuA wird einstimmig angenommen.

Gebührentarif zum Gebührenreglement (Beilage 6)

2.2 Schweizerinnen und Schweizer, b. Heimatschein (Tischvorlage Antrag AuA)

Der Ratspräsident: Hier geht es um die redaktionelle Änderung "Bestellung Heimatschein von Amtes wegen". Ich gehe davon aus, dass hier kein Diskussionsbedarf besteht, und wenn sich jetzt niemand meldet, betrachte ich das als stillschweigend genehmigt.

GR Schulthess: Ich wehre mich, weil ich dagegen stimmen möchte.

Abstimmung

Der Antrag der AuA wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

GR Schulthess: Ich stelle den Antrag, die Gebühr für den Heimatschein bei CHF 15 zu belassen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 36 Nein-Stimmen abgelehnt.

4.2 Zirkus, a. Platzgeld für Zirkus, pro Tag (Tischvorlage Antrag AuA)

Der Ratspräsident: Der Antrag der AuA lautet, das Platzgeld für Zirkusse bei CHF 200 bis CHF 1'200 zu belassen.

GR Schulthess: Das ist für den Rest symptomatisch. Man muss sich nicht die Illusion machen, dass wenn man auf CHF 1'500 erhöht, der Zirkus das bezahlt, sondern es wird in irgendeiner Form auf die Ticketpreise abgewälzt, was dann wieder der normale Kreuzlinger bezahlt, der in den Zirkus geht. Es ist wie bei Bankgebühren. Die Bank bezahlt diese am Schluss nicht, sondern der Kunde bezahlt diese.

Abstimmung

Der Antrag der AuA wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

4.2 Zirkus, b. Leistungen Energie Kreuzlingen, c. Zusatzleistungen Werkhof (neu) (Tischvorlage Antrag AuA)

Der Ratspräsident: Der Antrag der AuA lautet, diesen Artikel in b. Leistungen Energie Kreuzlingen nach Aufwand und c. Zusatzleistungen Werkhof nach Aufwand aufzuteilen. Ich lasse darüber in einer Abstimmung abstimmen. Es gehört zusammen, es entsteht lediglich neu ein zweiter Absatz.

Abstimmung

Der Antrag der AuA wird einstimmig angenommen.

4.3 Verschiedenes, a. Benützung öffentlicher Grund (Tischvorlage Antrag AuA)

Der Ratspräsident: Der Antrag der AuA lautet: "Benützung öffentlicher Grund für Veranstaltungen und einzelne Verkaufsstände pro Tag CHF 2.50 pro Quadratmeter, mindestens CHF 40".

GR Schulthess: Hier fehlt, dass es für kulturelle Veranstaltungen kostenlos ist. Da wundere ich mich doch sehr, dass die AuA dem zustimmt oder dass eine Mehrheit dieses Rats wahrscheinlich dafür ist, dass das für Kultur in Zukunft auch kostet. Ich freue mich sehr, dass ich in Zukunft sagen kann, da habe ich die Kultur unterstützt. Ich finde, für Kultur soll es nach wie vor kostenlos sein. Der Rest des Rats wird jetzt sagen, für Kultur kostet es in Zukunft.

GR Andreas Hebeisen: Man sollte die Fussnote lesen.

Abstimmung

Der Antrag der AuA wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

7.2 Hundesteuer, b. Steuer für jeden weiteren Hund (Tischvorlage Antrag AuA)

Der Ratspräsident: Der Antrag der AuA lautet: "Steuer für jeden weiteren Hund CHF 160."

GR Schulthess: Das wäre der Moment, wo man gemäss Art. 26 der Gemeindeordnung eine Namensabstimmung machen könnte, denn hier könnte man schön sehen, wer für die Erhöhung ist. Ich stelle den Antrag auf eine Abstimmung mit Namensaufruf. Gemäss Art. 26 müssten zehn Personen diesem Antrag zustimmen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 35 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag der AuA wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen angenommen.

Rückkommen

GR Dufner: Bei der Ziffer 3.2 hat sich mir noch eine Frage aufgetan. Als Beispiel nehme ich amtliche Wohnungs- und Liegenschaftsabnahmen heraus, wo, wie in vielen anderen Positionen auch, "nach Aufwand" steht. Das klingt gut, deshalb habe ich mir zuerst auch nicht viel dabei gedacht. Aber was ist denn effektiv der Aufwand? Kann der Stadtrat mir bitte sagen, wie der Aufwand bei Wohnungs- und Liegenschaftsabnahmen berechnet wird? Nehmt ihr einfach von der Person, die kommt, einen Monatslohn und dann wird das auf die Stunde umgerechnet oder gibt es einen Ansatz, wo unabhängig vom Mitarbeiter der Stundenansatz festgelegt wird? Ich frage mich generell, wie das berechnet wird, wenn "nach Aufwand" steht.

STP Niederberger: Bei einem Mieterwechsel hat der Vermieter oder der Mieter die Möglichkeit, uns für eine neutrale Übergabe beizuziehen. Dabei geht man ein Standardformular durch. Damit will man verhindern, dass es nachträglich Streit gibt. Normalerweise machen das die Mitarbeitenden des Ordnungsdienstes. Wenn wir vom Aufwand sprechen, sprechen wir vom zeitlichen Aufwand. Das kann recht unterschiedlich sein - je nach Grösse oder Zustand der Wohnung - oder kann auch variieren, wenn Mieter und Vermieter zerstritten sind. Wir haben interne Ansätze für Mitarbeitende und Abteilungsleiter. Diese werden von der Finanzabteilung jährlich veröffentlicht. Wir berechnen den Aufwand nach diesen Ansätzen.

GR Dufner: Sind diese Ansätze auf der Homepage publiziert oder kann man sie verlangen? Ob eine Rechnung korrekt abgefasst ist, kann ich nur nachprüfen, wenn ich die Ansätze kenne.

STP Niederberger: Intern ist es natürlich aufgeschaltet. Ob es auch auf der Homepage ist, weiss ich nicht. Da kann sicher auch die Revisionsgruppe einmal einen Blick drauf werfen. Da ist auch festgehalten, wie man Schweizer Franken in Euro umrechnet und die verschiedenen internen und externen Werte.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Motionen

9. Motion Gesamtverkehrskonzept "Mobilität Kreuzlingen 2050" / Begründung

Der Ratspräsident: An der Sitzung vom 2. Mai wurde diese Motion an den Stadtrat überwiesen.

GR Dahinden: Immer wenn es um Strassenvorlagen und um Eingriffe im Zusammenhang mit dem Verkehr geht, stellen sich die Leute diverse Fragen. Was bringt es mir als Automobilist, als Geschäftsführer, als Velofahrer, als Fussgänger? Im besten Fall fragt man sich auch, was es für die Allgemeinheit bringt.

Wenn man weiterfragt, überlegt man sich vielleicht noch, ob hinter dem Ganzen irgendein Konzept steckt, ein Masterplan oder vielleicht ein langfristiges Ziel. Oft kommt als Antwort: "Wir haben ein Aggloprogramm, wir haben Richtpläne." Darin ist tatsächlich viel enthalten, was in Richtung Zielsetzung und Absichtserklärung betreffend Verkehrspolitik Auskunft gibt. Ich möchte das jetzt aber nicht im Detail ausführen. In meinen Augen sind diese Richtpläne aber noch weit entfernt von einem Gesamtverkehrskonzept. Ich zitiere aus dem kommunalen Richtplan 2019: "Die stetig zunehmende Mobilität erfordert eine Gesamtverkehrsstrategie. Die Stadt Kreuzlingen prüft zusammen mit der Stadt Konstanz die Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzepts." Das steht noch an. Fast gleich klingt es im Agglomerationsprogramm 3. Generation aus dem Jahr 2016; Seite 12: "Eine Vision zur Entwicklung einer Gesamtverkehrsstrategie für Kreuzlingen und Konstanz ist zu wenig ersichtlich." Für mich heisst das, sowohl die Richtpläne als auch das Agglomerationsprogramm weisen auf die Notwendigkeit einer solchen Gesamtstrategie hin und sagen auch klar, dass diese fehlt. Es fehlt auch eine Vision dazu. Deshalb ist diese Motion entstanden. Auslöser und Motivation für diese relativ umfassende Motion waren drei Schlüsselmomente, die uns und auch mich in den letzten Monaten beschäftigt haben.

Ungefähr vor einem Jahr hat mich zum Beispiel die neue Romanshorerstrasse beschäftigt. Eine wunderschöne Strasse für Autofahrer mit Flüsterbelag. Es macht Freude, diese zu befahren. Aber auf der anderen Seite ist sie für Velofahrer sehr unattraktiv. Die Radstreifen sind sehr schmal, auf der ganzen Distanz sind sie etwa zur Hälfte unterbrochen. Wenn ich zum Beispiel von mir zu Hause ins Ziilcenter fahren möchte, um ein Päckchen Schrauben zu kaufen, überlege ich mir tatsächlich, ob ich das mit dem Velo über die Romanshorerstrasse mache und Kopf und Kragen riskiere. Begebe ich mich in diese Situation auf diesem Velostreifen oder setze ich mich nicht lieber ins Auto? Da ich fleissiger Velofahrer bin, probiere ich immer noch, mit dem Velo zu gehen. Aber ich sehe es kommen, dass ich eines Tages vom Velo aufs Auto umsteige, damit ich die Romanshorerstrasse befahren kann. Und diesen Effekt finde ich nicht ganz richtig. Im Richtplan ist die Rede von "direkten, attraktiven, sicheren und zusammenhängenden Langsamverkehrsnetzen". Das wird dort verlangt. Als Autofahrer schätze ich die Romanshorerstrasse sehr, aber so, wie sie jetzt ist, taugt sie nicht als Zukunftsmodell.

Das zweite Schlüsselerlebnis war der Besuch von Regierungsrat Diezi hier in Kreuzlingen im letzten Winter. Ich war im November im Dreispitz. Kurz zusammengefasst die Mitteilung von Frauenfeld bzw. von Bern: Kommt Zeit, kommt Rat. Vielleicht. Die Erkenntnis war relativ enttäuschend. Von oben, wenn man das so bezeichnen will, kommt einfach nichts. Den Status quo werden wir weiterhin über Jahre und Jahrzehnte haben, Lösungen sind nicht in Sicht und nicht angedacht.

Ein drittes Schlüsselerlebnis war die Gemeinderatssitzung im März. Wir erinnern uns ans Thema Marschhalt, wo wir alle mit gesenkten Köpfen diesen Saal verlassen haben, ernüchert und enttäuscht sowohl der Stadtrat wie auch wir. Das Ergebnis haben wir als dürftig betrachtet, allenfalls hat man den aktuellen Stand der Verkehrspolitik gerechtfertigt, aber mehr nicht. Was in Zukunft sein soll, haben wir nicht erfahren. Mir ist es vorgekommen, als verkomme der Marschhalt langsam zum Stillstand auf einen Parkplatz.

Ich möchte noch drei inhaltliche Punkte dieser Motion ansprechen. Der Frust im März war auch deshalb so gross, weil wir uns am Schluss alle bewusst wurden, dass es in Sachen Verkehr eigentlich fast keinen Konsens gibt. Die Situation ist so blockiert durch Ideologien von der einen oder anderen Seite. Die Ansprüche sind so unterschiedlich, irgendeine Übereinstimmung ist in weiter Ferne. Und die einzelnen Akteure bleiben stur auf ihrem Dogma und blockieren alles, was Richtung Fortschritt gehen könnte. Ich habe diese Motion deshalb frei von ideologischen Grundsätzen möglichst neutral gestaltet. Und ich glaube heute fest daran, dass es Konsens gibt, welche die meisten hier drin und auch ein grosser Teil der Bevölkerung unterschreiben könnten. Die wichtigste Grundlage unseres Lebens, der Wirtschaft, unserer Ernährung und unseres Freizeitverhaltens ist und bleibt die Natur. Die brauchen wir immer und überall. Und wir haben eine Verpflichtung, die Natur an die nächste Generation so weiterzugeben, dass auch sie diese noch gebrauchen kann. Ich glaube, das kann so ziemlich jeder und jede unterschreiben. Noch ein zweiter Konsens meine ich, sei mehrheitsfähig. Der motorisierte Verkehr ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Wir können ihn nicht wegdiskutieren, er ist da. Wir können ihn nicht abwürgen, sondern müssen ihn irgendwie bewältigen. Dafür braucht es Ideen, besser noch Visionen. Es braucht Lösungen, wo und wie der Verkehr fliessen soll. Und an diesem gilt

es zu arbeiten. Ein dritter Konsens, zu dem, so hoffe ich, wir fähig wären: Es braucht gute und attraktive Verkehrsnetze für alle Beteiligten, für den individuellen motorisierten Verkehr, für den Langsamverkehr und für den ÖV, die in meinen Augen alle gleichberechtigt sind. Es gäbe noch mehr Stichworte zum Thema Konsens. Sicherheit zum Beispiel wäre eine der höchsten Forderungen an den Verkehr. Wir haben keine andere Wahl, wir müssen darauf aufbauen, wenn wir vernünftige Lösungen finden wollen, und wir müssen zu solchen Konsenslösungen stehen können.

Zweites Thema, das mir in dieser Motion ein Anliegen ist: Es braucht eine Vision. Es braucht einfach einmal eine Vision für die Zukunft, beispielsweise für das Jahr 2050. Alle, die ein ehrgeiziges Ziel haben, haben eine Vision. Denkt an unsere Fussballer, an unsere Eishockeyspieler oder an unsere Leichtathleten an der EM, die irgendwo ein Bild vor sich haben, dass sie auf einem Podest landen. Wir sind heute so weit, dass auch unsere Schweizer das erreichen können. Und wer Athleten kennt, weiss, dass sie sehr viel in diese Vision investieren. Unsere Vision müsste eigentlich von der Frage ausgehen: Was ist das bestmögliche Zukunftsbild 2050 für Kreuzlingen? Wohin wollen wir? Und was beschäftigt die Menschen innerhalb dieser Frage? So kommen wir bald zu einem Überlegen und Denken im Konjunktiv. Politiker mögen das nicht, sie möchten pragmatisch arbeiten, umsetzen, realisieren – davon erhoffen sie sich ihren politischen Erfolg. Aber wir sollten dieses Konjunktivdenken trotzdem pflegen. Eine Vision ist schon vom Wort her ein Bild und nichts Abstraktes. Es sind auch keine Phrasen, sondern es ist ein Bild, etwas Anschauliches, man kann es anschauen. So ist das Wort auch definiert. Und es muss konkret sein. Konkret, sichtbar, anschaulich. Was heisst das? Man könnte sich zum Beispiel konkret vorstellen, wie 2050 eine Familie mit zwei oder drei Kindern in Kreuzlingen lebt. Wie gehen sie arbeiten, wie gehen sie zur Schule, wohin gehen sie zur Schule, wie gehen sie in die Vereine, ins Training? Was machen sie sonst noch? Shoppen, einkaufen, Sport usw.? Was bedeutet das bezüglich der Mobilität in 25 Jahren? Wie könnte das aussehen? Jetzt könnten wir dieses Familienbild noch nach Bättershausen verpflanzen. Bei den neu angesiedelten Leuten, die dann dort oben leben, ist es noch einmal anders. Die haben noch andere Anforderungen an die Mobilität. Oder Beispiel PH-Studentin, die zwei oder drei Mal pro Woche nach Konstanz pendelt, abends ins Training und am Wochenende an Wettkämpfe und in den Ausgang und auch shoppen geht: Irgendwie muss sie das schaffen. Das sind alles Mobilitätsfragen, die konkret gelöst werden müssen.

Da ich nun auch in einer Altersklasse bin, wo die Mobilität anfängt, anders auszusehen, könnte man das als konkretes Beispiel nehmen. Was machen Leute über 70? Was sind deren Bedürfnisse? Die fahren nicht mehr unbedingt so gern ÖV. Sie haben aber auch ihre Termine beim Coiffeur, in der Therapie, beim Arzt oder Zahnarzt, gehen zum Jass-Nachmittag oder in irgendeinen anderen Verein. Was bieten wir denen an? Eine andere Spur von Konkretisierung: Man könnte auch einmal die Bevölkerung mobilisieren und fragen: Wie stellt ihr euch Kreuzlingen 2050 vor? Ein gestalterischer Wettbewerb in den Schulen: Thematisiert das, denn das ist grundsätzlich fächerübergreifend ein super Thema. Warum macht man das nicht? Bis hinauf in die Mittelschulen, bis hinauf zu den Erwachsenen, bis in die Quartiervereine. Zeigt einmal anschaulich, zeichnerisch gestalterisch, auf Video, was das Bild von Kreuzlingen in Zukunft ist. Gleichzeitig würde die Bevölkerung mobilisiert, die Jugendlichen, die das irgendeinmal ausbaden müssen oder die 2050 hier im Rat sitzen, hätte man gleichzeitig sensibilisiert. Und stellt euch einmal vor, was das für Illustrationen für eine Broschüre zum Marschhalt gäbe.

Ich möchte noch etwas sagen zur geplanten Begleitgruppe Verkehr. Das kann eine taugliche Methode sein, um zu neuen Ideen zu kommen. Aber ich sehe zwei grosse Knackpunkte dabei. Wie setzt man diese Gruppe zusammen? Ist es immer wieder die gleiche Gruppierung, die sich da trifft, hauptsächlich Männer? Frauen sind in Unterzahl, die Jungen sowieso. Und immer wieder kauen die gleichen Leute an denselben Fragen mit den gleichen Argumenten herum. Das würde mich nun auch nicht interessieren. Das würde wieder heissen, es gibt keine Entwicklung, es ist wieder Stillstand. Lösungen kann man da keine grossen erwarten. In so eine Gruppe gehören auf jeden Fall die Jungen, meinetwegen in Überzahl. Auch gehören genügend Frauen in so eine Gruppe. Wenn die Zusammensetzung nicht stimmt, sind wie gesagt keine Lösungen zu erwarten, und das Ganze wird zu einer Karikatur, und manch einer wird sagen, ich bin mir zu schade, dafür meine Zeit aufzuwenden. Ein zweiter Knackpunkt: Können die überhaupt etwas beeinflussen oder sind sie einfach hier, um alles abzunicken, was irgendwo aus der Politik kommt? Ist das alles schon vorbestimmt, und geht es nur noch darum, dass sie das endlich

begreifen? Auch hier geht es darum, Zukunftsbilder zu entwickeln. Lassen wir doch die Politik einfach aus dem Spiel bei dieser Gruppe. Warum muss die Politik dabei sein und dreinreden und sagen, was geht und was nicht geht? Lasst doch die Ideen einfach zu. Der Ideenfluss soll fliessen können. Nicht von Anfang an ausbremsen, wenn Leute eine gute Idee haben. Mich nimmt wunder, ob der Stadtrat in der Lage ist, dieses Thema aus den Händen zu geben und zu sagen: Jetzt seid ihr dran, bringt bitte eure Visionen. Die sollen ungehindert denken und entwickeln können.

Ich komme langsam zum Schluss. Es ist klar, wir in Kreuzlingen können nicht einfach machen, was wir wollen und unsere Verkehrspolitik selbst bestimmen. Aber wir können und müssen definieren, was wir 2050 in unserer Stadt haben wollen. Das müssen wir definieren. In dieser Motion geht es auch nicht darum, dass wir nochmals ein Buch von 200 Seiten produzieren. Es ist tatsächlich schon Einiges vorhanden, wenn auch nur fragmentarisch. Die Umsetzung kann statt alles auf einmal von mir aus auch in Etappen erfolgen mit Teilbereichen und Teilzielen, aber es muss etwas gehen, finde ich. Abwarten, bis irgendwoher eine Idee kommt, sich abfinden, wie es gerade halt ist, finde ich, ist keine Option. Denn was bei uns auf der Strasse läuft oder eben nicht läuft, bestimmt die Stimmung der Bevölkerung in der Stadt, bestimmt das Abstimmungsverhalten. Ich halte es deshalb für dringend notwendig, dass man diese Reise in die Zukunft plant und dabei die Bevölkerung mitnimmt.

10. Motion Mehrheitsfähige Strassensanierungen in der Stadt Kreuzlingen / Begründung

GR Neuweiler: Ich verzichte an dieser Stelle darauf, alle Ablehnungen und Wiedererwägungen im Bereich der Strassen, wann welche Abstimmung verloren gegangen ist, aufzuzählen. Die meisten wissen es. Zur Begründung, warum die Vorlagen jeweils abgelehnt wurden, gibt es wahrscheinlich zwei Lesarten. Die erste ist diejenige, welche die Exekutive vertritt. Wir haben die Vorlage zu wenig gut erklärt, das Volk versteht uns nicht oder das Volk versteht nicht, worum es geht. Dann gibt es noch eine andere Lesart, der wir eher anhängen: Eine Ablehnung ist vielleicht erfolgt, weil aus Hauptverkehrs- und Ortsverbindungsstrassen halbe Quartierstrassen gemacht werden, weil die Strassenaufwertung anscheinend so nicht gewünscht wird und weitere Parkplätze verschwinden, die jedoch für das Gewerbe und den Detailhandel wichtig sind. Die Mittelstreifen hat Kollege Dahinden schon erwähnt. Ich finde, nicht nur für Velofahrer ist es unangenehm, sondern auch für Autofahrer und sicher auch für Lastwagenfahrer, denn die fahren ja nicht in der Stadt herum, weil sie besonders grosse Freude daran haben, sondern weil sie uns versorgen. Und auch für die Blaulichtorganisationen sind die Mittelstreifen sicher nicht förderlich, wenn es pressiert. Das Fazit daraus ist: Offenbar dringt der Stadtrat mit seinem Strassenvorlagen beim Stimmvolk nicht durch, und das nicht nur einmal, sondern mehrmals.

Der Stadtrat beruft sich immer auf die Planungsgrundlagen, auf den Verkehrsrichtplan aus dem Jahr 2019. Da hat er recht, das ist für ihn behördenverbindlich. Das Problem mit diesen Richtplänen ist jedoch, wie sie zustande kommen. Ich nehme an, die Bauverwaltung wird zusammen mit den Verkehrsplanern etwas erarbeiten, dann geht es in den Stadtrat, dort wird es noch ein bisschen korrigiert. Irgendwann geht es dann an den Kanton, die haben auch noch Anmerkungen, dann geht es wieder zurück an den Stadtrat, und dort wird es verabschiedet. Aber weder das Parlament noch die Bevölkerung können etwas dazu sagen, das ist nun halt einfach so. Die Prüfung des Richtplans erfolgt eigentlich erst, wenn die Strassenvorlagen vors Volk kommen, und die wurden anscheinend als mangelhaft eingestuft. Zum Inhalt des Richtplans: Viele Massnahmen sind umschrieben. Es gibt zum Beispiel den Punkt "Der Verkehrs- und Schulwegsicherheit sowie dem strassenbegleitenden Grün ist besondere Beachtung zu schenken." Ein anderer Punkt: "Aufwertungs- und Umgestaltungsmassnahmen sind zu prüfen." Das gilt zum Beispiel für die Hauptstrasse, die Konstanzerstrasse oder die Bärenstrasse. Diese Massnahmen sind unserer Meinung nach nicht in Stein gemeisselt, da hätte man schon ein bisschen Spielraum - auch der Stadtrat.

Dann gibt es noch andere Themenfelder: Gezielte Lenkung des Lastwagenverkehrs, der via unsere Strassen geht. Diesbezüglich haben wir noch nie etwas gehört, wie der Stadtrat das angehen will. Oder Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Abstellplätzen für Motorfahrzeuge, Optimierung des Parkplatzangebots im Zentrum und im Gebiet Klein-Venedig. Ich weiss noch, beim Vorstoss von GR

Dufner sagte der Stadtrat selbst, das Parkplatzkonzept sei nicht mehr so aktuell. Und jetzt wie weiter? Wenn der Stadtrat auf dieser Schiene weiterfährt und mit den Strassenvorlagen genauso weiter macht wie bisher, wird dieser Weg wahrscheinlich nicht sehr erfolgreich sein. Daran zweifeln wir doch sehr. Oder er ändert seine Vorlagen zum Teil ab und entschärft die heiklen Punkte. Nach unserer Ansicht ist dazu Folgendes notwendig: Hauptverkehrs- und Ortsverbindungsstrassen sollten so gestaltet werden, dass der Verkehrsfluss bestmöglich gewährleistet wird und auch relativ schnell. Auf Mittelstreifen und verkehrsberuhigende Hindernisse soll er verzichten. Für Radstreifen wäre es, wenn der Platz auf der Strasse nicht reicht, vielleicht von Vorteil, diese durchs Quartier zu führen. Das wäre sicher eine Option, die wir als prüfenswert erachten. Die Erstellung eines Parkplatzkonzepts für das Stadtzentrum unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Gewerbe und Detailhandel finden wir relativ wichtig. Die Auswirkungen und Analysen der Eröffnung der B 33 müsste noch folgen. Vielleicht müsste man dann den Richtplan da oder dort geringfügig anpassen. Wir haben es vorhin gehört, ein Konsens wäre möglich. Das denke ich auch. Ich durfte/musste diese Sitzung leiten, als es um den Marschhalt ging, und ich hatte das Gefühl, man spürt schon, dass man sich finden würde, dass man einen Konsens finden würde. Das bedingt aber auch, dass die Exekutive, also der Stadtrat, konsenswillig ist. Wir sind gespannt auf die Antwort des Stadtrats.

11. Motion - Vision langfristige Verkehrsentlastung von Kreuzlingen - Kreuzlinger-Kolonnaden" Bau eines querenden Viadukts auf Kreuzlinger Boden / Begründung

GR Schulthess: Meine Motion schliesst eigentlich nahtlos an das an, was GR Dahinden an Boden gelegt und an Grundlagen erklärt hat. Es geht darum, dass man jetzt eine Vision entwickelt, wie man es effektiv lösen kann, und zwar konkret. Eigentlich wäre das die Aufgabe des Stadtrats, dass er uns seine Ideen vorlegt, wie er die Verkehrsproblematik langfristig lösen möchte. Für mich war genau das der Anlass, den GR Dahinden erwähnt hat, ein Augenöffner. Regierungsrat Diezi sass da, machte viel Hin und Her und zeigte auf, dass er das seit 1999 auf dem Tisch hat. Und seit 1999 ist genau gar nichts passiert. Konzepte, Systeme, Simulationen usw., und alles wieder aufs Neue. Aber hinten kam nichts heraus. Für uns Kreuzlinger sagt das aus, in diesem Leben erleben wir es nicht, dass der Kanton unser Problem löst, zumal er das Problem an den Bund verwiesen hat. Das heisst im Umkehrschluss, wir müssen es selbst lösen. Das ist unsere Aufgabe als Politiker, deshalb hat das Volk uns in diesen Ratssaal gesetzt. Wir müssen diese Probleme lösen. Abwarten ist, wie GR Dahinden es auch sagt, keine Option. Denn seien wir ehrlich, es liegt nicht an den beiden Baustellen, die im Moment sehr hemmend sind. Sondern der Verkehr wächst. Irgendwann sind die Deutschen mit der B 33 fertig, also werden wir nicht darum herumkommen, ein eigenes Konzept oder eine eigene Vision zu entwickeln. Sehr schade ist, dass der Stadtrat nur sein Stadthaus im Kopf und kein offenes Ohr für die Verkehrsproblematik hat. Man könnte eigentlich beim Baubüro aus dem Fenster schauen und würde täglich sehen, wo das Problem liegt. Aber man tischt Stadthauskonzepte auf. Das interessiert den Stadtrat. Aber viele Kreuzlinger interessieren noch viele andere Themen. Da sollte man einmal ein bisschen über die Bücher gehen.

Ich möchte noch zwei oder drei Sätze aus der Motion vorstellen. Im Kern geht es vor allem darum, dass wir in Kreuzlingen selbst etwas machen. Es geht explizit nicht darum, dass wir etwas mit dem Kanton machen und nicht, dass wir mit den umliegenden Gemeinden etwas machen. Denn das wäre wiederum etwas, was bis 2050 dauert, da werden wir nie eine Lösung finden. Ein gutes Beispiel in der Vergangenheit ist das Dorf Flims mit 2'800 Einwohnern. Die haben es geschafft, eine komplette Untertunnelung und Umfahrung zu realisieren und den Verkehr aus ihrem Dorf zu verlagern. Wir in Kreuzlingen sind zehn Mal grösser, wir sollten das eigentlich auch schaffen können. Es wird halt ein bisschen behindert durch die ewige Mär, die der Stadtrat uns erzählt, dass es ja doch keine Entlastungswirkung hätte und dass sich das Problem von selbst lösen würde, wenn wir Fahrrad fahren würden. Das ist doch eigentlich nur eine Beruhigungspille. Die Vision beinhaltet eine Schnellstrasse, die nicht Kulturland verschwendet, indem man im Umland anfängt, Landwirtschaftsland zu Strassen umzubauen, sondern die Motion hat im Kern die Idee, dass wir ein Trasse nehmen, welches schon verbraucht ist oder welches man mehrfach oder besser nutzen kann. Und zwar geht es darum, dass man vom Autobahnzoll bis zum

Bahnübergang Bottighofen eine querende Achse auf dem bestehenden Bahntrasse schafft. Die Bahn könnte unterirdisch fahren, weil sie nicht so viele Haltestellen braucht, die Strasse rückt nach oben. Mit der Strasse könnte man weitere Sachen und Wünsche realisieren, die wir im Rat schon ewig diskutieren, zum Beispiel einen querenden Radweg, der in einem Stück durchfahrbar wäre. Darüber sprechen wir schon lange, auch den könnte man auf dieser Schnellstrasse realisieren. Aus meiner Sicht müsste man etwas Schönes bauen. Als Vision schwebt mir da ein Sandsteinviadukt vor, auf dem man flanieren und auf den See hinunterschauen könnte. Dieser hätte die Wirkung, die Trennung zwischen Stadt und See aufzuheben. Durch einen Viadukt in der Höhe ist man in der Lage, an jeder Stelle der Stadt direkt zum See zu gehen. Im Moment trennen Strasse und Bahn die ganze Stadt vom See ab. Würde man das heben, könnte man überall direkt zum See gehen. Man könnte auch die ganzen Checkpoint Charlie Sachen entfernen. Ich finde, in Kurzrickenbach und an der Seetalstrasse sieht es unterdessen links und rechts echt scheusslich aus. Man fühlt sich wie in einem Gefängnis mit diesen hohen Mauern. Das könnte man alles entfernen. Man könnte die Strasse sogar zurückbauen, wenn man es schaffen würde, so eine Vision mit einem querenden Bahn-, Strassen- und Fahrradtrasse umzusetzen. Den Streckenverlauf könnte man noch ausführlich diskutieren. Auch nicht mein Job, dem Stadtrat die Ideen vorzugeben, wie man das realisieren könnte. Eigentlich sind wir als Legislative die, die die Exekutive auffordern, unsere Verkehrsprobleme zu lösen. Dann müsste der Stadtrat aufzeigen, wie man das lösen könnte. Das ist nicht mein Job als Parlamentarier, aber ich mache das gern. Und wenn ihr noch weitere Ideen braucht, könnte man mit euren Planern zusammensitzen. Aber ich finde, eigentlich habt ihr Leute dafür angestellt, um das umzusetzen. Vorteil dieser Lösung: Es würde nur auf Kreuzlinger und auf Bottighofer Gemeindegebiet laufen. Das würde bedeuten, wir hätten vermutlich eine Mehrheit der Bevölkerung. Wir hatten schon einmal eine Abstimmung über eine Südumfahrung, für die wir in der Kreuzlinger Bevölkerung eine Mehrheit hatten. Man würde kein Kultur- und Landwirtschaftsland verschwenden, sondern viel Grünland dazugewinnen. Man würde mit Garantie das Problem des Staus ein für allemal lösen, denn diese Strasse hätte nicht sieben Ausfahrten, sondern es ist eine querende Schnellstrasse. Die trennende Wirkung habe ich bereits angesprochen. Man könnte eine zusätzliche Bahnhaltstelle machen, man könnte eine touristische Einzigartigkeit für Kreuzlingen erzeugen, damit kämen Touristen und Geld nach Kreuzlingen. Man könnte weitere innovative Sachen integrieren. Ich würde zum Beispiel eine Transportbahn in die Mauer integrieren, die Post oder Briefe hin und her schickt, ähnlich wie eine Rohrpost, aber moderner. Das würde im Übrigen auch den Verkehr reduzieren, weil man einen Brief nicht mehr zur Post bringen müsste, sondern ihn in ein Rohr stecken und zur Post schicken könnte. Aber dort sind wir möglicherweise noch nicht ganz. Viele Strassen müsste man nicht mehr aufreißen, um irgendeinmal Glasfaserleitungen zu bauen, das könnte man dort integrieren. Ein weiterer Vorteil wäre eine Umsetzung ohne den Bund. Dabei hätte man die Chance, zwei Bahngleise zu machen, was uns in Kreuzlingen ebenfalls schon lange fehlt. Die Situation, dass wir nur ein Bahngleis haben, ist für den ÖV ein Hindernis. Diese Lösung hat auch grosse Nachteile. Wie will man das bezahlen? Ich habe überschlagsmässig kalkuliert und bin auf mögliche Kosten von CHF 450 Mio. gekommen. Es gibt aber durchaus Möglichkeiten, es zu finanzieren. Man könnte viele Grundstücke verkaufen, die frei werden, wenn man das baut. Man könnte Gewerbeflächen im Viadukt verkaufen, man könnte darunterliegende Bootsplätze verkaufen, man könnte eine Benutzungspaketgebühr machen usw. Wir haben immer noch Geld im Aggloprogramm, das ihr unbedingt verbauen möchtet. Wenn ich entscheiden könnte, würde ich zugunsten der Bevölkerung auf den Neubau eines Stadthauses oder den Neubau von Energie Kreuzlingen verzichten. Dann wären die ersten CHF 100 Mio. für die erste Bauetappe beisammen. Man könnte schon, wenn man wollen würde. An der Finanzierung würde es am Schluss nicht scheitern. Technische Details wie Länge, Grösse und Breite könnt ihr selbst lesen. Das mit der chinesischen Baufirma möchte ich auch nicht vertiefen, sonst steht es in der Zeitung. Ich sage nicht, dass man es so umsetzen muss. Meine Intention ist, statt dass wir auf dem Stadtrat herumreiten und sagen, macht endlich etwas, so stimmt nicht, wäre eigentlich die Idee, einen Anschlag zu geben, in welche Richtung es gehen könnte. Natürlich kann man auch anders, höher, tiefer, billiger umsetzen. Aber offensichtlich müssen wir unserem Stadtrat helfen und ihm aufzeigen, welches die Visionen dazu wären.

Postulate

12. Postulat Soziale Verantwortung - Günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen / Stellungnahme

GR Salzmann: Besten Dank an den Stadtrat für die Stellungnahme zu meinem Postulat. Zur Vervollständigung habe ich noch neun Zusatzfragen nachgereicht, die allerdings nur teilweise beantwortet werden konnten. Auch für diese Antworten besten Dank. Ich möchte es kapitelweise aufteilen und zuerst auf all die Nicht-Argumente eingehen, die der Stadtrat erwähnt hat. Er hat einen Text geschrieben, indem es um recht viele Nicht-Argumente geht. Eines der Nicht-Argumente ist, es gebe eine existierende Eignerstrategie der Stadt gegenüber ihrem eigenen Buchungskreis Energie Kreuzlingen, welche die Umsetzung des Postulats verhindern würde. Lieber Stadtrat, ihr könnt eine Eignerstrategie auch ändern. Das ist ein klassisches Nicht-Argument. Dann argumentiert ihr mit einer Motion des damaligen Gemeinderats Moos über die Definition von Standardprodukten. Daniel Moos war ein paar Jahre früher als der Kanton, das ist mittlerweile kantonales Gesetz. Das Postulat widerspricht dieser Motion nicht, also wieder ein Nicht-Argument, schlicht nicht relevant für dieses Postulat. Dann schreibt ihr, man müsse Gesetze einhalten. Ihr schreibt aber nicht, welche Gesetze ich mit dem Postulat nicht einhalten würde. Ich hatte einen Mailverkehr mit dem Amt für Energie. Mit meinem Postulat wären alle Gesetze des Kantons eingehalten. Also auch das ein Nicht-Argument. Dann erwähnt ihr das Label Energiestadt, das irgendwelche Verpflichtungen mit sich bringt. Energiestadt ist ein privater Verein, bei dem man durch Fleisspunkte ein Diplom erwerben und in seinem Büro aufhängen kann. Nicht relevant, das ist kein Argument. Entweder wir machen etwas, weil es sinnvoll ist, oder wir machen es nicht, weil es nicht sinnvoll ist. Und nicht, weil irgendein Verein Fleisspunkte verteilt. Also auch das ein Nicht-Argument. Dann schreibt ihr in der Stellungnahme etwas zum in Abklärung befindlichen Projekt Seewärme/KVA-Wärme. Das hat mit diesem Postulat nichts zu tun. Ich wüsste nicht, was es damit zu tun hätte. Also ein Nicht-Argument. Allein schon für diese vielen Nicht-Argumente gibt es von mir keine Note 5.5. Beim Thema Gas kommen vom Stadtrat zwei Argumente. Der Stadtrat argumentiert sehr zeitgeistlich, und deswegen kann man dem Stadtrat hier nichts vorwerfen. Der Stadtrat hat zwei Argumente, die ich ganz kurz mit zwei Wörtern aufzeigen möchte. Das eine Argument ist erneuerbar, das andere Argument ist Klima. Erneuerbar heisst also zu Ende gedacht, am liebsten nur noch Biogas und überhaupt kein Erdgas mehr. Das ist das Argument, wenn man es zu Ende denkt. Zu horrenden Preisen, damit privater Energiekonsum und damit das Nicht-Frieren im Winter vom Portemonnaie abhängt. Nicht zuletzt deswegen hat das Postulat "soziale Verantwortung" im Titel. Das habt ihr vielleicht überlesen. Es ist völlig illusorisch und würde zu massiven sozialen Härtefällen führen, die niemand verantworten kann, auch nicht der Stadtrat. Jetzt mit 20 % Mindestbiogasanteil, das habt ihr selbst in eurer Stellungnahme geschrieben, bezahlt jeder Gaskunde oder besser gesagt Gaszwangskunde, CHF 150 pro Jahr mehr. Nun überlegt euch, was es kosten würde, wenn ihr auf 100 % Biogas erhöhen würdet. Das ist sozial nicht verantwortbar. Also das reine Biogas, euer Argument, zu Ende gedacht wäre um ein X-Faches teurer, zumal diese Mengen in unserer Region wohl kaum produzierbar wären. Für mich ein Argument aus dem Reich der Fantasie. Klima: CO₂ soll man nicht produzieren, sonst hätte das einen Einfluss auf das Wetter in 100 Jahren. Soweit verständlich. Damit unterstellt der Stadtrat etwas, was er zwar nicht schreibt, was aber als einzige logische Lösung übrigbleibt, nämlich dass das in Kreuzlingen nicht verbrannte Erdgas im Boden bleibt. Ihr schreibt es nicht, aber das ist die einzige Lösung. Wir sind uns hoffentlich einig, dass es im CO₂-Klimanarrativ überhaupt keine Rolle spielt, wo das CO₂ auf dieser Welt erzeugt wird. Und da kommt das grüne Paradoxon ins Spiel vom wohl renommiertesten Volkswirtschaftler deutscher Zunge, nämlich Prof. Dr. Hans-Werner Sinn. Dieses grüne Paradoxon geht wie folgt: Politiker glauben durch Anmassung des Wissens, wir könnten durch Klimagesetze unsere Nachfrage nach fossilen Brennstoffen verringern, die Emissionen von CO₂ reduzieren und so das Klima retten. Das hören wir jeden Tag. Selbstverständlich auch unter Inkaufnahme eines Wohlstandsverlusts von jedermann, wie auch in diesem Fall mit CHF 150 pro Jahr bestens belegt. Mit unserer CO₂-Sparpolitik über das wirtschaftlich

sinnvolle Mass weit hinaus – das ist wichtig - mindern wir lediglich partiell die Nachfrage auf dem Weltmarkt, in unserem Fall Erdgas, und verringern dadurch den Anstieg der Weltmarktpreise. Dadurch haben andere, nicht durch die Anmassung des Wissens durch deren Politiker gesegnete Völker einen höheren Anreiz, mehr zu verbrauchen. Günstiger Preis → mehr Verbrauch. Also wir produzieren Wohlstandsverluste bei uns, CHF 150 wie dargelegt, um anderen Wohlstandsgewinne zu bringen. Eine andere Form der Entwicklungshilfe. Bis hierhin ändert sich die weltweite CO₂-Bilanz trotz unseres Verhaltens nicht. Zusätzlich verschlimmern wir wahrscheinlich das Problem sogar noch. Bedrohen wir die Ressourcenbesitzer, also jene, die die Erdgasfelder besitzen, mit einer immer strengeren Klimapolitik, die ihr das zukünftige Geschäft kaputt macht, kommen sie der Bedrohung zuvor und fördern die Bodenschätze, in diesem Fall Erdgas, nur noch schneller. Innerhalb des CO₂-Narrativs bedeutet das, statt den Klimawandel zu bremsen, beschleunigen wir ihn noch. Das ist das grüne Paradoxon, und darauf fällt unsere Gesellschaft leider herein und der Stadtrat auch. Das ist kein Vorwurf, sondern der Zeitgeist. Also wer glaubt, wenn wir in Kreuzlingen weniger Erdgas verwenden und einen Wohlstandsverlust in der Höhe von CHF 150 pro Jahr für jeden städtischen Zwangsgaskunden in Kauf nehmen, würden wir irgendetwas Positives für den Weltausstoss von CO₂ machen, der irrt. Es hat vermutlich einen gegenteiligen Effekt. Beim Strom hat der Stadtrat die Wohlstandsverluste oder die Enteignung von uns allen mit CHF 8 pro Jahr angegeben; eine sehr tiefe Zahl, weil auch ein sehr tiefer Verbrauch angenommen wurde. Bei Wärmepumpenbesitzern kann es pro Jahr schnell einmal CHF 50 oder CHF 60 ausmachen, dann wird es, glaube ich, relevant. Hier wieder dieselben Argumente des Stadtrats. Legale Kernenergieprodukte darf ich Privatmann gemäss Stadtrat als Bürger nicht konsumieren – dies wegen CO₂ und Klima. Finde den Fehler. Wie kommt die Politik dazu, mir das zu verbieten? Fazit: Es gibt viele aufgeführte Nicht-Argumente, das grüne Paradoxon lässt es offen. Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht, lieber Stadtrat. Das Postulat mit mehr Freiheit für den Bürger ist ein Beitrag zur Senkung der Wohnkosten in unserer Stadt, eine Sorge, die die Sozialdemokraten in einer Interpellation zu einem späteren Zeitpunkt heute Abend wahrscheinlich verteilen werden. Daher bitte ich den Gemeinderat, diesem Postulat zuzustimmen.

GR R. Herzog: Unsere Fraktion nimmt mit Genugtuung und Freude die ablehnende Haltung des Stadtrats zur Kenntnis. Wir sind auch froh darüber. Wieso? Eine Umsetzung der geforderten Massnahmen dieses Postulats wäre ökologisch aus unserer Sicht absolut unverantwortlich, da halte ich es gar nicht mit Kollege Salzmann. Das würde aus unserer Sicht einen klaren Rückschritt bedeuten. Wer heute noch oder sogar noch mehr und immer mehr auf fossile Brennstoffe setzen will, statt auf möglichst viele einheimische- und umweltverträgliche Energiequellen, hat die Zeichen der Zeit einfach nicht erkannt. Wer ein bisschen schaut, was in den letzten Jahren, aber auch in den letzten Tagen und Wochen überall auf der Welt und genau auch bei uns passiert ist, an dem kann nicht vorbeigehen, dass sich auf unserer Welt etwas verändert, was nicht positiv ist und dass man dem Einhalt gebieten muss, soweit man das halt kann. Wenn man sich dann aber zusätzlich noch vor Augen führt, wie gering das Sparpotenzial ist, und ob es CHF 8 oder CHF 10 oder CHF 15 sind, macht das wohl kaum wirklich viel aus. Viel das grössere Sparpotenzial liegt nämlich bei jedem einzelnen, indem er weniger Energie verbraucht, das Licht löscht, keine Klimaanlage verwendet, die Heizung ein bisschen herunterschraubt – und das ist noch lange kein Wohlstandsverlust. Dieses Potenzial ist dermassen viel grösser als die paar Franken, die vorher zitiert wurden, dass es wohl kaum relevant ist, über diese paar Franken zu sprechen. Der Titel des Postulats mit dem Mäntelchen "soziale Verantwortung" ist aus unserer Sicht nichts anderes als einfach Schönfärberei. Was nämlich weniger gut situierte Familien in ungleich grösserem Mass finanziell belastet als die Heizungskosten oder die Energiekosten sind die steigenden Mietkosten sowie die Gesundheitskosten. Dort geht es ins Geld. Es ist aus unserer Sicht ausgesprochen schade, dass Massnahmen, die in diesen Bereichen für Entlastung sorgen würden und dort helfen könnten, von den gleichen Leuten, die dieses Postulat begründen, bekämpft werden. Das ist aus unserer Sicht nicht ehrlich und nur Schönfärberei und Populismus.

GR Hummel: In der Beantwortung dieses Postulats wird Bezug genommen auf die Motion "Kreuzlingen ohne Atomstrom", die von Daniel Moos eingereicht wurde. Es wurde darauf hingewiesen, die Motion sei an der Gemeinderatssitzung vom 26. Januar – es war nicht der 26. November – erheblich erklärt worden. Das trifft zu. Die Punkte 1 und 2 dieser Motion wurden damals erheblich erklärt. Die Forderung

der Motion unter Punkt 2 im Wortlaut: "Standardmässig werden den privaten Kunden (natürliche und juristische Personen) der Technischen Betriebe Kreuzlingen Naturstromprodukte angeboten. Nur Kunden, die ausdrücklich nach Atomstrom verlangen, können diesen beziehen." Unserer Meinung nach ist der Stadtrat verpflichtet, die Aufträge einer erheblich erklärten Motion lückenlos umzusetzen und nicht nur Teile davon. Aus dem letzten Satz, nur Kunden, die ausdrücklich nach Atomstrom verlangen, können diesen beziehen, ist klar ersichtlich, dass der Atomstrom weiterhin angeboten werden muss, zumal der Stadtrat dies in der Beantwortung dieser Motion explizit zugesichert hat. Dem ist jetzt aber nicht mehr so. Meine Frage geht an SR Beringer: Wann wurde der Stromtarif für Atomstrom abgeschafft? Ich bin ja schon ein bisschen älter und mitunter etwas vergesslich. Wurde das kommuniziert oder ist es einfach stillschweigend passiert? Wie auch die Antwort ausfallen wird, man kann dieses Postulat eigentlich nur annehmen.

SR Beringer: Der Stadtrat hat bei der Stromtarifbestimmung für 2021, das war im August 2020, beschlossen, ab 2021 das Produkt Atomstrom nicht mehr anzubieten. Dies erfolgte mit Stadtratsbeschluss Nr. 2020-173.

GR Bitschnau: Trotz des gut begründeten Postulats von GR Salzmann ist sich die FL/G/GLP-Fraktion einig in der Ablehnung dieses Vorstosses. Dies ist vor allem durch die starken Argumente aus der Beantwortung des Stadtrats zu begründen. Insbesondere die Aspekte der Nachhaltigkeit und die damit verbundene Generationengerechtigkeit sind für uns ausschlaggebend. Ein weiterer wichtiger Faktor, der sich aus der Beantwortung ergeben hat, ist der als sehr gering eingeschätzte monetäre Nutzen aus einer potenziellen Umsetzung des Postulats. So überwiegen für uns als Fraktion die Kosten den Nutzen.

GR Schulthess: Ich darf als jemand, der jeden Tag mit mietrechtlichen Streitigkeiten zu tun hat, GR Herzog entgegen, es ist in aller, aller, aller Regel ein Streit um Nebenkosten. Der Mieter bekommt vom Vermieter eine riesige Nebenkostennachzahlungsrechnung, und dann gibt es Streit. Und über den um CHF 7.50 oder CHF 19.60 gestiegenen Mietpreis wird recht wenig gestritten, während Nachzahlungen im Bereich von Tausenden von Franken liegen. Das ist leider Fakt, und genau darüber sprechen wir hier drin. Die Belastung unserer Bürger mit dem Gas- und Strompreis hat einen Wert erreicht, der Unfrieden stiftet zwischen Mietern und Vermietern, aber auch sonst in der Bevölkerung, in Eigentümersammlungen. Es führt zu Spannungen, deshalb möchte ich alle dazu einladen, darauf Rücksicht zu nehmen und zumindest dem mündigen Bürger, selbst zu überlassen, was für ein Stromprodukt er kauft. Wenn man schon Monopolist ist, sollte man wenigstens den Kunden die Entscheidung über das Produkt überlassen, wenn man sich schon nicht für einen bestimmten Anbieter entscheiden kann. Ich kann sie also nur einladen, diesem Postulat zuzustimmen.

GR Müller: Vor einem knappen Monat hat die Kreuzlinger Stimmbevölkerung mit 72.4 % Ja gesagt zum neuen Stromgesetz. Es ist nicht so, dass man an der Kreuzlinger Stimmbevölkerung entgegen politisiert, wenn man sich für erneuerbaren Strom einsetzt und es politisch angeht, dass die Energiewende umgesetzt wird. Ich möchte euch da widersprechen. Das grüne Paradoxon klingt interessant, aber es gibt genügend Studien, die zeigen, dass die Klimapolitik langsam anfängt zu wirken, dass sie wirklich einen Effekt hat, dass wir langsam den Peak erreicht haben und endlich dazu kommen, dass wir weniger CO₂ ausstossen. Dass das sehr notwendig ist, sieht man an den Wetterextremen in der Schweiz. Man sieht es auf der ganzen Welt an Dürren, an Überschwemmungen. Die Schäden, die dort entstehen, sind das, was wirklich teuer ist, und das ist es, was die sozial Schwächeren überwiegend noch mehr trifft. Wenn wir langfristig etwas für die Bevölkerung und für eine tragbare Energieversorgung machen wollen, müssen wir vom Gas und vom Atomstrom wegkommen.

GR Dufner: Wir haben dieses Postulat in der Fraktion intensiv diskutiert. In diesem Moment, muss ich sagen, ist mir aufgefallen, dass ich ja gar keine Wahl mehr habe, sondern dass ich seit Jahren – wir haben es gehört, seit 2021 durch den Stadtratsbeschluss – zwangsweise Strom aus erneuerbaren Energien beziehen muss. Dagegen habe ich persönlich nichts, und ich würde es auch machen, wenn ich die Wahlfreiheit hätte. Früher konnte man das ja abwählen. In der Botschaft des Regierungsrats 2015 wurde Kreuzlingen als Beispiel angeführt, dass wir das schon lange anbieten. Aber als liberal Denkender habe ich ein bisschen Mühe, dass man mir vorschreibt, was ich machen muss. Dies ist unter anderem auch der Ansatz dieses Postulats. In der Beantwortung des Stadtrats und auch in den Ausführungen von SR Beringer in unserer Fraktion wurde vor allem darauf hingewiesen, dass es so im Gesetz steht.

Deshalb habe ich die Botschaft zur Änderung des Gesetzes über die Energienutzung vom 8. Dezember hervorgeholt, wo es um Art. 6b geht, der in der Stellungnahme des Stadtrats als Begründung angeführt wird. In der Revision des Energienutzungsgesetzes ging es darum, dass alle Energieversorgungsbetriebe in der Grundversorgung Strom anbieten müssen, der aus erneuerbarer Energie besteht. Gleichzeitig hat der Regierungsrat Folgendes in die Botschaft aufgenommen: "Wünscht der Endverbraucher einen anderen Strommix, so kann dieser bestellt werden. Die Wahlfreiheit beim Strommix bleibt also weiterhin gewahrt." Im Kommentar zu Art. 6b schrieb der Regierungsrat nochmals: "die Wahlfreiheit des Endkunden beim Strommix bleibt jedoch vollständig erhalten." Heute hören wir, dass der Stadtrat den Verzicht auf Atomstrom irgendwann beschlossen hat. Dies wurde auch nicht veröffentlicht. Ich habe im Energiereglement nichts zu diesem Thema gefunden, habe für die Suche allerdings auch nicht Stunden verwendet. Ich bin eigentlich der Meinung, was der Stadtrat seit 2021 praktiziert, ist mit dem kantonalen Gesetz nicht konform. Das stimmt nicht überein mit Art. 6b des Energienutzungsgesetzes. Er kann Strom ohne Atomstrom anbieten, aber ich muss die Möglichkeit haben, einen anderen Strommix zu verlangen. Aus diesen liberalen Überlegungen heraus bin ich der Meinung, dass es nicht geht, dass man das den Kunden vorschreibt. In der Beantwortung steht, dies wieder umzustellen, würde CHF 40'000 Kosten. Natürlich kann man sich da fragen, ob das sinnvoll wäre. Aber rein aus staatspolitischer Sicht und aufgrund des liberalen Gedankenguts ist das etwas, was mich dazu führen wird, diesem Postulat zuzustimmen. In der Fraktion waren die Meinungen offen und wir haben beschlossen, dass jeder je nach Diskussion selbst entscheiden wird, was er für richtig hält und wie er abstimmen will.

GR Ribezzi: Für mich geht es grundsätzlich um die Wahlfreiheit beim Strom. GR Müller hat es richtig gesagt, das Zahnrad greift langsam. Trotzdem sind wir auf der Welt ganz viele Menschen und wir 40 Nasen hier drin machen nicht viel aus. Aber darauf gehe ich gar nicht ein. Aber mich mit Jahrgang 1963 hat es auch erwischt. Früher hätte ich die Kippe auf den Parkplatz geschmissen, jetzt fahre ich ab und zu Velo. Es greift schon, und es greift auch bei mir, sodass ich gesagt habe, zu Hause und in meinen Unternehmen nehme ich 10 % Biogas. Nun gab es vor zwei Jahren ein Problem, weil irgendwo die Bomben fliegen. Der Strompreis ging hoch. Als Unternehmer rufe ich an, weil ich für zwei Jahre mit den 10 % Biogas Pause machen möchte. Es hiess aber, das geht nicht mehr. Okay, ich habe also keine Wahlfreiheit mehr. Das eine Geschichte aus dem eigenen Portemonnaie. Nun eine Geschichte aus der Zeitung: Alle hier drin finden es schade, was mit einer gewissen Firma in Kreuzlingen passiert ist. Ein Unternehmen besteht aus ganz vielen Mosaiksteinen, eines davon ist die Energie. Und wenn so ein Unternehmen nicht wählen kann, welche Energie es kauft, damit es überleben kann, dann müsst ihr später auch keine Kerzen anzünden, weil 46 Leute auf der Strasse stehen.

SR Moos: Ich muss GR Ribezzi entgegnen. Firmen in dieser Grösse haben eine Wahl, wo sie die Energie beziehen. Es ist nicht so, dass die keine Wahl haben. Sie können auf einen günstigeren Strommix zurückgreifen. Wer mehr als 100'000 kWh pro Jahr braucht, kann den Strom auf dem freien Markt beschaffen. Ich möchte noch auf etwas anderes eingehen, was GR Dufner erwähnt hat. Im aktuellen Energiegesetz im Rechtsbuch steht unter § 6b: "Angebot von Elektrizität aus erneuerbaren Energien". Abs. 1: "Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben den Endverbrauchern ein Angebot zu unterbreiten, das ausschliesslich aus erneuerbaren Energien besteht, welche bevorzugt aus Schweizer Produktion stammen." Genau das macht Energie Kreuzlingen. 6b Abs. 2: "Für Endverbraucher, die auf den freien Netzzugang verzichten, und für feste Endverbraucher besteht das Basisangebot ausschliesslich aus erneuerbaren Energien, die bevorzugt aus Schweizer Produktion stammen. Sie sind vorgängig zu informieren und können eine andere Zusammensetzung der Elektrizität bestellen." Das ist der Artikel, auf den sich der Stadtrat bezieht, und das steht im aktuellen Energiegesetz. Das kann jeder nachlesen. GR Dufner: Ich habe nichts anderes gesagt. Die jetzt zitierte Bestimmung ist genau die, die man 2015 eingeführt hat. Ich habe aus der Botschaft des Regierungsrats zitiert, dass die Wahlfreiheit des Grundversorgungskunden weiterhin bestehen bleibt. Das notabene auf Grundlage einer Motion. Der Regierungsrat sagte, dass nicht nur Gemeinden, die es bereits freiwillig gemacht haben wie Kreuzlingen, sondern alle Gemeinden ein solches Stromprodukt anbieten müssen. Er hat aber nicht gesagt: nur dieses und ausschliesslich dieses und kein anderes mehr. Sondern er hat gesagt: Das Basisangebot des Strommix bleibt ausschliesslich aus Naturstrom. Es heisst nicht das einzige Produkt. Das kann man in der Botschaft nachlesen, aber wir müssen hier ja nicht solche Streitigkeiten ausführen.

SR Moos: Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, steht unter § 6b: "[...], das ausschliesslich aus erneuerbaren Energien besteht." Die Kernenergie in der Schweiz ist keine erneuerbare Energie.

GR Schulthess: Das müssen wir schon noch ganz kurz vertiefen. Wenn wir nur noch erneuerbare Energie beziehen müssten, könnte man ja kein Gas mehr anbieten.

SR Moos: Wahrscheinlich wiederhole ich mich noch einmal. Bei § 6b geht es um den Strom und nicht um das Gas. Es geht nur um den Strom in diesem Artikel und ich habe mich nur betreffend Strom geäußert.

Abstimmung

Das Postulat von GR Salzmann wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Der Ratspräsident: Nach Annahme dieses Postulats hat der Stadtrat gemäss Art. 47 Ziffer 6 des Geschäftsreglements des Gemeinderats uns im Gemeinderat innert sechs Monaten schriftlich Bericht zu erstatten.

13. Postulat von städtischem Geld unbeeinflusste und unabhängige Medien – Einstellen der Finanzierung von Medien durch die Stadt Kreuzlingen / Begründung

GR Schulthess: In diesem Postulat geht es darum, dass die Medien in der Gesellschaft bezüglich einer politischen Einflussnahme und bezüglich Einflussnahme auf die Leute eine relativ zentrale Rolle einnehmen. Informationen sollten im Optimalfall transparent und für alle verfügbar sein, und Informationen sind der erste Schritt für Veränderungen, um etwas erfassen und anpacken zu können. Deshalb ist es nicht nur für autoritäre Regierungen und lokale Akteure gut, wenn die Medien nach der eigenen Wunschrichtung agieren, sondern auch fehlt es an der öffentlichen Kontrolle, wenn die Medien nicht möglichst aus der Sachlage und frei von Einflussnahmen berichten können. Kurz gesagt, die Pressefreiheit und die Meinungsvielfalt sind die Basis einer demokratischen Gesellschaft. Das steht auch so in der Bundesverfassung. Wir haben im Thurgau die Problematik, dass die Medienvielfalt stark zurückgegangen ist. Wir haben insbesondere an lokalen Medien nicht mehr allzu viel Meinungsvielfalt. Wenn noch hinzukommt, dass ein lokales Printmedium von der Stadt mit dem Deckmantel "amtliches Publikationsorgan" grössere Finanzausschüsse erhält, ist zu befürchten, dass dieses Medium nicht mehr sehr unabhängig berichten kann und in einer gewissen Meinungsabhängigkeit steckt, was vor diversen Ratsitzungen auch schon passiert ist. Diese Befürchtung hat sich bewahrheitet. Schaut man ins lokale Publikationsorgan, findet man dort in den letzten 36 Monaten keinen kritischen Artikel bezüglich städtischer Politik. Keinen. Auch nicht gegenüber uns als Gemeinderat. Keinen. Sondern es wird blind die Medienmitteilung der Stadt abgedruckt. Und es ist noch schlimmer. Sie wird nicht nur blind abgedruckt, sondern es wird sogar nur ein Teil der Traktandenliste abgedruckt. Überzeugt euch selbst. Die Menschen da draussen wären zwar in der Verantwortung, sich selbst zu informieren, und sie haben unterdessen auch gemerkt, dass man in gewissen Publikationsorganen einfach nur noch die Meinung der SDA lesen kann. In der Thurgauer Zeitung lest ihr nur noch, was die SDA Keystone verbreitet, und wer die mit Informationen füttert, wisst ihr auch. Wenn ihr euch informieren wollt, wäre dies also der falsche Ort. Aber es gibt auch noch andere Zeitungen, und die sollten lokal über das städtische Geschehen berichten können. Schlussendlich besteht dieses Postulat daraus, dass man diese Zeitung wieder freilassen sollte und sie wieder so berichten können soll, dass sie nicht von städtischem Geld abhängig ist.

Interpellationen

14. Interpellation "Preisgünstiger Wohnraum" / Begründung

GR Müller: Gestern haben wir im Grossen Rat ebenfalls eine Interpellation zum Thema Preisgünstiger Wohnungsbau debattiert. Die meisten, die sich dort zu Wort meldeten, fanden zwar, dass

gemeinnütziger Wohnungsbau ein gutes Mittel sein kann, um die Situation in Ortschaften mit angespanntem Wohnungsmarkt zu verbessern. Aber die meisten fanden auch, dass sich die betroffenen Gemeinden selbst darum kümmern sollen. Vom Kanton werden wir also keine Massnahmen erwarten können. Warum macht die Unterstützung von preisgünstigem Wohnungsbau Sinn? Die Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum entschärft insgesamt den Wohnungsmarkt. Wenn man nicht mehr jede Wohnung, egal zu welchem Preis und in welchem Zustand nehmen muss, nur weil man keine Wahl hat, werden die Wohnungen insgesamt besser unterhalten und zu faireren Preisen vermietet. 2017 wohnten von den Kreuzlingerinnen und Kreuzlingern erst 0.8 % in einer Genossenschaft. Weitere 67.8 % wohnten sonst zur Miete. Mit der Unterstützung des Baus und Unterhalts von preisgünstigem Wohnraum können wir dazu beitragen, dass die zwei Drittel der Bevölkerung auch in Zukunft eine Wohnung finden, die sie bezahlen können. Wir tragen dazu bei, dass diesen Menschen nach dem Bezahlen der Miete mehr Geld zur Verfügung steht und dass Familien, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit tieferen Löhnen, die alle auch ein Teil unserer Gesellschaft sind und die wir brauchen, nicht aus Kreuzlingen verdrängt werden.

Verschiedenes

15. Schriftliche Anfrage Schloss Seeburg – ein Restaurant in Zukunft nur noch für gut bezahlte Events? / Beantwortung

Der Ratspräsident: Der Einladung zur heutigen Sitzung lag die Beantwortung des Stadtrats der schriftlichen Anfrage bei.

16. Schriftliche Anfrage Wie weiter im "neuen Buszeitalter"? / Beantwortung

Der Ratspräsident: Der Einladung zur heutigen Sitzung lag die Beantwortung des Stadtrats der schriftlichen Anfrage bei.

17. Schriftliche Anfrage zur Aufarbeitung und Reflexion der politischen Entscheidungen in der Corona-Zeit in Kreuzlingen / Beantwortung

Der Ratspräsident: Der Einladung zur heutigen Sitzung lag die Beantwortung des Stadtrats der schriftlichen Anfrage bei.

18. Verschiedenes

- 18.1. Schriftliche Anfrage was tut die Gemeinde Kreuzlingen zur Unterstützung der Rückreise bzw. Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber um die Sicherheit ihrer Einwohner zu verbessern und wie ist die Situation bei der Nothilfe trotz negativem Asylentscheid? / Eingang

Der Ratspräsident: Per E-Mail ist am 15. Juni 2024 diese Schriftliche Anfrage eingegangen. Diese wird per heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen (Beilage 2).

- 18.2. Motion Senkung des Steuerfusses der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59% / Eingang

Der Ratspräsident: Per E-Mail ist am 21. Juni 2024 diese Motion eingegangen. Diese wird per heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen (Beilage 3).

18.3. Schriftliche Anfrage Abläufe beim Sozialamt in Notfall- bzw. dringlichen Situationen". / Eingang

Der Ratspräsident: Heute ist eine weitere schriftliche Anfrage eingegangen. Auch diese wird per heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen (Beilage 4).

18.4 Baugesuch Unterflurcontainer Hauptstrasse 62

GR Hummel: Ich habe eine Frage an den Stadtrat. Ich habe das Baugesuch für Unterflurcontainer an der Hauptstrasse 62 gesehen. Ich hoffe schon von Herzen, dass dieser das allfällig geplante Projekt Stadthaus nicht tangiert oder irgendetwas behindert. Kann man dazu etwas sagen?

STP Niederberger: Dieser Unterflurcontainer befindet sich nicht auf dem Gelände des Stadthauses, sondern an der Marktstrasse zwischen dem Neubau und dem Pizza Toni.

18.5 Herausgabe von Unterlagen und Daten an GR Schulthess

GR Schulthess: Bei der Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage, um die es jetzt nicht inhaltlich geht und die hier auch nicht diskutiert wird, hat sich der Stadtrat herausgenommen, nur Teile der verlangten Unterlagen herauszugeben. Und er hat sich herausgenommen, wesentliche Teile der Dokumente zu schwärzen. Ich möchte in diesem Rat fragen oder andere Meinungen dazu hören, ob man das akzeptieren will. Es könnte auch einmal um andere, um eure Anliegen gehen. Wollt ihr als Rat akzeptieren, dass der Stadtrat euch zu einer politischen Botschaft nicht alle Informationen herausgibt? Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 muss der Stadtrat sämtliche Informationen herausgeben, die im Zusammenhang mit einem Vorstoss stehen. Er macht das aber nicht. Damit entscheidet der Stadtrat, was ihr sehen dürft und was nicht. Damit könnt ihr eure Aufsichtsfunktion als Legislative nicht mehr wahrnehmen. Jemand sortiert vor, was ihr zu sehen bekommt und was nicht. Zum Thema "wehret den Anfängen" würde ich beliebt machen, dass man das im Auge behält, denn es könnte auch einmal um einen Vorstoss gehen, der von euch ist, und dann könnt ihr ohne die vollständigen Informationen nicht arbeiten. Ich persönlich und mein Umfeld sind nicht bereit, das zu akzeptieren. Art. 17 der Gemeindeordnung ist eindeutig und klar. Es ist ein Schlichtungstermin mit dem Datenschutzbeauftragten anberaumt. Die Stadt beruft sich auf den Datenschutz – das kann man bei jedem Thema machen. Es geht tatsächlich nicht um Personennamen, wie man vermuten könnte, das ist in einer Beantwortung immer uninteressant. Es geht um wesentliche Aspekte. Der Rat muss sich an dieser Stelle fragen, ob er das akzeptieren will. Für mich ist es nicht akzeptabel.

GR Ch. Brändli: Ich denke, das ist allfällig ein Thema für die GPK, das müssen wir sicher nicht hier drin diskutieren.

STP Niederberger: Dazu muss ich nun doch auch etwas sagen. Wir sind dem Datenschutzgesetz verpflichtet. Im Rahmen einer Kommissionssitzung oder im Rahmen der GPK oder im Rahmen einer FRK oder Revisionsgruppe sind solche Dokumente einsehbar. Aber wenn es extern ist, unterstehen wir dem Öffentlichkeitsprinzip, und das Öffentlichkeitsprinzip sagt halt, dass aus Datenschutzgründen gewisse Passagen zu schwärzen sind. Und das haben wir gemacht. Ich habe GR Schulthess gesagt, er solle an den Datenschutzbeauftragten des Kantons gelangen. Wir gehen nun dort in die Schlichtung. Das ist ein neues Gebiet. Wenn der Datenschutzbeauftragte sagt, wir können das offenlegen, dann machen wir das selbstverständlich. Aktuell vertreten wir hier eine andere Meinung. Ich habe ihm auch von Anfang an mitgeteilt, im Rahmen einer Kommissionssitzung oder einer GPK könne das angeschaut werden. Das ist halt auch ein bisschen das Problem von GR Schulthess, dass er in keiner Kommission und in keiner Fraktion eingegliedert ist, deshalb haben wir jetzt hier diese Situation.

GR Schulthess: Dem muss man entgegenen, dass das keine Kommunikation nach extern ist, sondern es ist eine Kommunikation an den Gemeinderat, der gemäss Geschäftsreglement bei vertraulichen Unterlagen einer Geheimhaltung untersteht. Aber fürs Protokoll: Wenn ich via ein Kommissionsmitglied der GPK diese Unterlagen erhalte, erhalte ich sie dann ungeschwärzt? Das kann man nur mit Ja oder Nein beantworten.

STP Niederberger: Ja, im Rahmen einer GPK-Sitzung kann man das machen. Die GPK hat auch eine erhöhte Geheimhaltungspflicht, das kann man in der Gemeindeordnung nachlesen.

18.6 Zahlungsunfähigkeit Firma Neuweiler

GR Leuch: Ich habe eine Frage zur Firma Neuweiler. Wurde der Stadtrat im Vorfeld bzw. in der Phase der Zahlungsunfähigkeit informiert und wurde man angefragt, Lösungen mitzugestalten? Oder kam das Ganze für euch auch überraschend?

STP Niederberger: Da kann ich eigentlich nur wiederholen, was ich bereits der Thurgauer Zeitung gesagt habe. Wir waren mit Christian Neuweiler regelmässig in Kontakt. Seit das Nachlassverfahren vor zwei Jahren war, hat Christian Neuweiler mir regelmässig berichtet, wie der Stand ist. Das klang immer sehr positiv. Er sagte, sie hätten eine gute Auftragslage und würden es schaffen. Wir haben uns 0-é:L, immer miteinander ausgetauscht. Ich war dann sehr überrascht, als er mich anrief und mir die Situation erklärte. Wir wussten vorgängig nicht, dass es in diese Richtung gehen kann, aber man hat schon gemerkt, dass sich die Situation mit der Zeit verschärft hat.

18.7 Rücktritt Gemeinderätin Addisalem Hebeisen

GR Addisa Hebeisen: Ihr habt wahrscheinlich alle von meinem Rücktritt erfahren, trotzdem möchte ich noch ein paar Worte an euch richten. Als ich hier anfang, war ich die Jüngste und hatte am Anfang Schwierigkeiten, mich in diesem Ablauf zurechtzufinden und andere Meinungen zu akzeptieren. In dieser Zeit habe ich viel gelernt und bin daran gewachsen. Ich konnte auch viele wertvolle Kontakte knüpfen. Das wäre alles ohne die Unterstützung der Fraktion nicht möglich gewesen. Ihr habt mich zum Nachdenken angeregt, mich zum Lachen gebracht und mir in vielerlei Hinsicht geholfen. Dafür möchte ich euch von Herzen danken.

Der Ratspräsident: Danke vielmals, Addisa für deine Arbeit in diesem Rat und alles Gute für die Zukunft.

Sitzungsende: 21.10 Uhr

Beilagen

1. Tischvorlage Traktandum 8
2. Vorstoss Schriftliche Anfrage was tut die Gemeinde Kreuzlingen zur Unterstützung der Rückreise bzw. Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber um die Sicherheit ihrer Einwohner zu verbessern und wie ist die Situation bei der Nothilfe trotz negativem Asylentscheid?
3. Motion Senkung des Steuerfusses der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59%
4. Schriftliche Anfrage Abläufe beim Sozialamt in Notfall- bzw. dringlichen Situationen

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Der Stimmenzähler

**Botschaft Totalrevision Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen inkl. Gebührentarif sowie Aufhebung Gebührenreglement für den
Gesetzlichen Betreuungsdienst**

Anträge Kommission Allgemeines und Administration – Tischvorlage

20. Juni 2024

Gebührenreglement der Stadt Kreuzlingen

	Alt	Antrag Stadtrat	Antrag AuA
Art. 3 Gebührenfestsetzung		1 Innerhalb eines Gebührenrahmens sind die Gebühren nach dem Zeit-, Arbeits- und Materialaufwand zu bemessen. Es kann ein Dringlichkeitszuschlag erhoben werden.	1 Innerhalb eines Gebührenrahmens sind die Gebühren nach dem Zeit-, Arbeits- und Materialaufwand zu bemessen. Es kann innerhalb des Gebührenrahmens ein Dringlichkeitszuschlag erhoben werden.
		2 In Einzelfällen können bei besonders hohem Aufwand die Gebühren angemessen erhöht werden. Ein solcher Entscheid ist zu begründen.	2 In Einzelfällen können bei besonders hohem Aufwand die Gebühren auch über den Gebührenrahmen hinaus angemessen erhöht werden. Ein solcher Entscheid ist zu begründen.

Gebührentarif zum Gebührenreglement

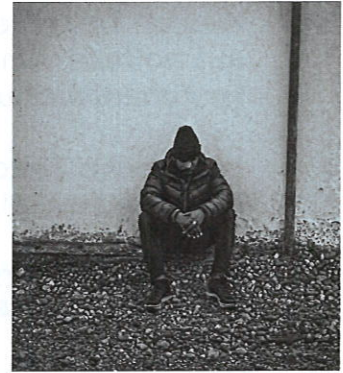
	Alt	Antrag Stadtrat	Antrag AuA
2.2 Schweizerinnen und Schweizer	21.0 Aufforderung zur Verlängerung und Wiederregistrierung des Heimatscheins CHF 15.–	a. Bestellung Heimatschein vom Amtes wegen CHF 20.–	a. Bestellung Heimatschein von Amtes wegen CHF 20.–

4.2 Zirkus	45.1	Platzgeld für Zirkus CHF 200.– bis CHF 1'200.– je Spieltag: zusätzliche Leis- tungen des Werkhofs und der Technischen Betriebe nach Aufwand	a.	Platzgeld für Zirkus, pro Tag CHF 300.– bis CHF 1'500.–	a.	Platzgeld für Zirkus, pro Tag CHF 200.– bis CHF 1'200.–
			b.	Leistungen Werkhof und Energie Kreuzlingen nach Aufwand	b.	Leistungen Energie Kreuz- lingen nach Aufwand
				–	c.	Zusatzleistungen Werkhof nach Aufwand
4.3 Verschiedenes	47.0	Benützung von öffentli- chem Grund für Veranstal- tungen und einzelne Ver- kaufsstände CHF 2.50 pro m ² und Tag, mindestens CHF 40.– Für nicht kommerzielle, kul- turelle Veranstaltungen un- entgeltlich	a.	Benützung öffentlicher Grund für Veranstaltungen und einzelne Verkaufs- stände, pro Tag CHF 2.50/m ² , mind. CHF 50.– ¹	a.	Benützung öffentlicher Grund für Veranstaltungen und einzelne Verkaufs- stände, pro Tag CHF 2.50/m ² , mind. CHF 40.–²
7.2 Hundesteuer	71.01	Steuer für jeden weiteren Hund CHF 140.–	b.	Steuer für jeden weiteren Hund CHF 140.–	b.	Steuer für jeden weiteren Hund CHF 160.–

¹ für nicht-kommerzielle, kulturelle Veranstaltungen kostenlos

² für nicht-kommerzielle, kulturelle Veranstaltungen kostenlos

Gemeinderat Georg Schulthess
 Romanshorerstrasse 134
 8280 Kreuzlingen
 georg.schulthess@ziil.ch



15. Juni 2024

Schriftliche Anfrage zu

Was tut die Gemeinde Kreuzlingen zur Unterstützung der Rückreise bzw. Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber um die Sicherheit ihrer Einwohner zu verbessern und wie ist die Situation bei der Nothilfe trotz negativem Asylentscheid? ^{KI}

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 49 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgende schriftliche Anfrage ein:

Begründung

Menschen, die in Not geraten sind, haben Anspruch auf existenzsichernde Hilfe und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dazu gehören auch Geflüchtete deren Asylgesuch abgelehnt worden ist. Bis zur Ausreise leben sie allerdings in «regulärer Illegalität»; ein paradoxer Zustand. Sie leben weiterhin in einer Gemeinde von der öffentlichen Hand.

Um Nothilfe zu erhalten, muss die betroffene Person beim Kanton beziehungsweise bei der Gemeinde einen Antrag stellen.

Diese Anfrage bezieht sich ausdrücklich auf Fälle, Zahlen und Informationen welche die Stadt Kreuzlingen betreffen. Hinweise darauf, dass es sich um kantonale oder Bundesangelegenheiten handelt, sind zur Beantwortung nicht geeignet. Dem Anfragenden ist bekannt, dass verschiedene Ebenen an dieser Thematik mitbeteiligt sind.

Diese Anfrage bezieht sich ausschliesslich auf **abgewiesene** insbesondere wegen **Straffälligkeit abgewiesener Asylbewerber**. Es geht um die Sicherheit der Bewohner der Stadt Kreuzlingen.

Dazu bitte ich den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Wie ist «in Not geraten» konkret definiert und in der Praxis ausgeführt?
- 2) Wieviele Anträge gab es 2021, 2022 und 2023? Wie entwickelt sich die Anzahl der Anträge von Nothilfe von abgewiesenen Asylbewerbern?

- 3) Welche Kosten entstehen dem Kreuzlinger Steuerzahler durch Anträge auf Nothilfe von abgewiesenen Asylbewerbern? Wie ist die Kostenentwicklung in den letzten Jahren?
- 4) Für welche Zeitdauer leben die abgewiesenen Asylbewerber bis zu ihrer Ausreise statistisch weiterhin in Kreuzlingen?
- 5) Wie ist die Altersstruktur, das Geschlecht und die Herkunft dieser abgewiesenen Asylbewerber?
- 6) Wieviele sind unbegleitete Minderjährige?
- 7) In wievielen Fällen pro Jahr verstösst die Stadt Kreuzlingen gegen das Gesetz und lässt Asylbewerber trotz ablehnendem Bescheid auf Dauer und auf Kosten des Steuerzahlers in Kreuzlingen dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt haben?
- 7a) Worin besteht in der Anwendung geltender Gesetze der Unterschied zwischen einem Einwohner mit Aufenthaltsberechtigung bei dem geltendes Gesetz durchgesetzt werden und einem abgelehnten Asylbewerber der trotz Ablehnungsbescheid vom Gesetz unbehelligt illegal weiterhin in Kreuzlingen wohnt? Wie erklären sich das die zuständigen Stellen diese Ungleichbehandlung?
- 8) In wievielen Fällen wird Nothilfe gewährt bei denen der Ablehnungsgrund Strafdelikte sind?
- 9) Welche Leistungen werden als Nothilfe an abgelehnte Asylbewerber erbracht? (Um eine vollständige Aufzählung möglicher und schon einmal erbrachter Leistungen wird gebeten, nicht um ein Beispiel).
- 10) Wer nimmt diese Bewertung vor ob Nothilfe geleistet wird?
- 11) Wer kontrolliert diese Entscheidung/Bewertung?
- 12) Was unternimmt die Stadt Kreuzlingen zum Schutz der Bevölkerung beim Aufenthalt von wegen Straffälligkeit abgelehnter Asylbewerber? Wie verhindert sie, dass diese straffälligen Asylbewerber bis zu Ihrer Rückreise/Ausschaffung weitere Straftaten in Kreuzlingen verüben?
- 13) Was unternimmt die Gemeinde Kreuzlingen, dass abgelehnte ausreisepflichtige Asylbewerber sich nicht weiterhin auf Gemeindegebiet Kreuzlingen aufhalten?
- 14) Bringt die Gemeinde Kreuzlingen ihre Probleme und Positionen bei der übergeordneten kantonalen und Bundesstellen aktiv ein? Widerspricht sie mit Hilfe ihres Hausjuristen auch schomal Entscheiden?
- 15) Es wird um Vorlage eines Falles (VOLLSTÄNDIGE DOKUMENTATION ohne Namen) gebeten bei dem um von abgewiesenen Asylbewerbern um Nothilfe ersucht wurde und um die Information über entsprechend vorgenommene Nothilfe.

- 16) Meldet die Stadt Kreuzlingen den Wohnort von abgewiesenen oder verurteilte Asylbewerbern an die zuständigen kantonalen oder Bundesstellen?
- 17) Duldet die Stadt Kreuzlingen auf Ihrem Gemeindegebiet die Anwesenheit von verurteilten oder verzeigten Asylbewerbern und versorgt diese mit Nothilfe? (Auch wegen kleinen Delikten wie Diebstahl oder Bedrohung)
- 18) Der Umfang sowie die Art und Weise der Nothilfe unterscheidet sich von Kanton zu Kanton teilweise stark. Die kantonalen Behörden bestimmen den Aufenthaltsort für die betroffenen Personen und weisen ihnen eine Unterkunft zu.
- 19) Handelt die Stadt Kreuzlingen nach den SODK-Empfehlungen, deren Richtlinien?
- 20) Diese Richtlinien sind für Gemeinden nur eine Richtlinie, nicht verbindlich.
Wie steht die Gemeinde Kreuzlingen dazu diese Richtlinien in von den Leistungen her etwas reduzierter Form umzusetzen oder eigene Richtlinien zu entwerfen um zum Schutz der Bevölkerung den Druck auf die Ausreisewilligkeit abgewiesener Asylbewerber zu erhöhen?
- 21) Ist die Stadt Kreuzlingen bereit dazu einen Entwurf für eigene Richtlinien vorzulegen ohne dass es dazu einen parlamentarischen Vorstoss benötigt der dann möglicherweise unprofessioneller und radikaler ausfällt als ein Entwurf von Profis?
- 22) Kommen die Verantwortlichen der Stadt Kreuzlingen mit der zur Verfügung stehenden Gesetzen zurecht oder braucht es weitere politische Werkzeuge?

Vielen Dank für eine zeitnahe Beantwortung dieser Fragestellungen vor dem Budget 2025.

Gemeinderat Georg Schulthess



KI

GR Georg Schulthess
 Romanshornestrasse 134
 8280 Kreuzlingen
georg.schulthess@ziil.ch



**Motion Steuersenkung:
 Senkung des Steuerfusses
 der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59%**

Kreuzlingen 21.06.2024

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 46 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgende Motion ein:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Beschlusssentwurf vorzulegen, welche den Steuerfuss der Gemeinde Kreuzlingen um 5% senkt

Begründung:

Was passiert bei Steuersenkungen? Die Stadtverwaltung müsste effizienter werden, schädliche Subventionen verschwinden, Aufgaben würden reduziert, Reformen kämen in Fahrt. Die Kaufkraft der Bevölkerung nähme zu, und die Unternehmen hätten mehr Mittel für Innovation und Entwicklung.

In schwieriger werdenden Zeiten ist es notwendig die Bevölkerung tatsächlich und wirksam zu entlasten. Ebenso wichtig, die Steuer-Last der Gewerbebetriebe zu reduzieren. Diese sind durch Zahlung von Löhnen die eigentliche Grundstruktur für Steuereinnahmen. Verschwinden Gewerbebetriebe, schmilzt auch der Steuerertrag der Stadt. Gestiegene Kosten können mit gesenkten Steuern kompensiert werden.

Wir liegen in **Kreuzlingen mit 64%** immer noch vergleichsweise **hoch beim Steuerfuss**. Unsere Nachbargemeinden und Mitbewerber / Städte:

Tägerwilen 33%
 Bottighofen 34%
 Lengwil 54%
 Weinfelden 55%
 Frauenfeld 62%
 Arbon 72%

Eine 5%-Senkung des Steuerfusses stand bereits 2023 zur Diskussion im Gemeinderat und fand mit 18 zu 18 Stimmen viel Unterstützung. Nur der Stichtentscheid des Sozialdemokratischen Gemeinderatspräsidenten Urs Wolfender konnte die 5% Senkung verhindern.

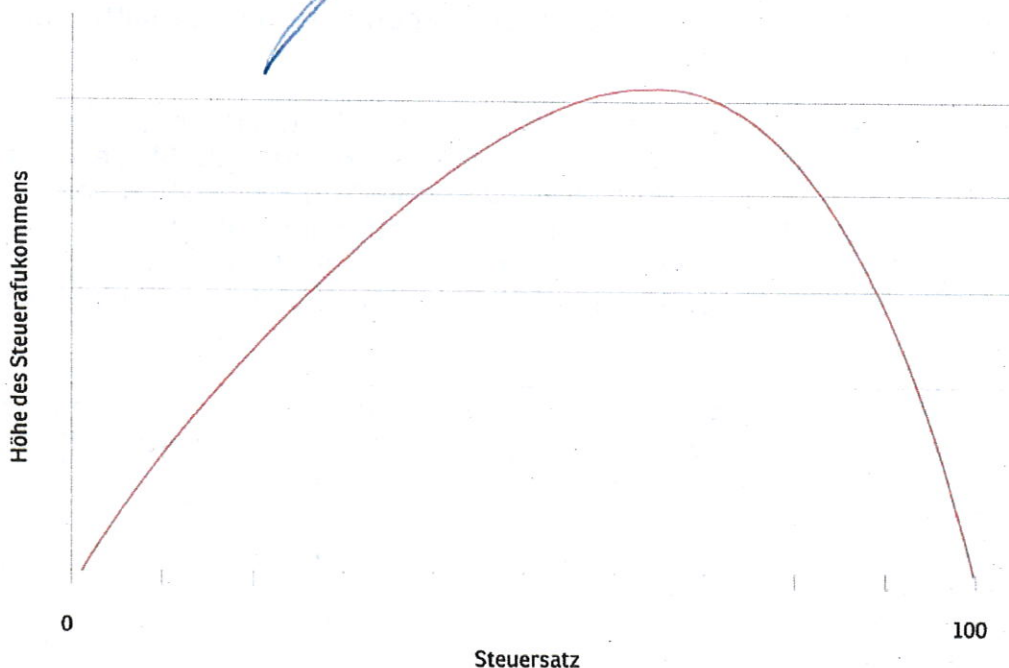
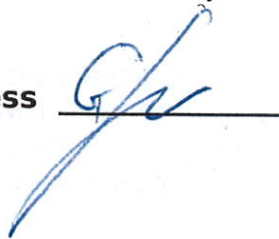
Eine Einflussnahme auf die Ausgabenpolitik der Stadt Kreuzlingen im Budgetierungsprozess zeigte sich in den vergangenen Jahren als unmöglich und nicht kostenbremsend. Der Wille der Exekutive sparsam mit dem vom Steuerzahler bereitgestellten Geld umzugehen fehlt. Das liegt in der Natur der Sache. Es gibt immer eine Begründung warum einzelne Aufwände nicht reduziert werden können.

Kommunalem Ausgabenwachstum lässt sich einzig mit reduzierter Bereitstellung von Mitteln bremsen.

Gerne stehe ich zur Verfügung die Finanzierung dieser Steuersenkung auf der Ausgabenseite aufzuzeigen und entsprechende Budgetposten zu benennen. Städtische Verwaltungsbauten, Parkleitsysteme, millionenteure Busbahnhof-Dächer, Umgestaltungen von Strassen ohne Not uvam.

Im Optimalfall finanzieren sich jedoch Steuersenkungen selbst.

Georg Schulthess



Laffer-Kurve: Zusammenhang zwischen dem Steuersatz und den Steuereinnahmen.



Schriftliche Anfrage gemäss Art. 49 Geschäftsreglement des Gemeinderates

«Abläufe beim Sozialamt in Notfall- bzw. dringlichen Situationen»

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Sehr geehrte Stadträte

In der Nacht auf Karfreitag, am 29.03.2024 brannte es in einem Mehrfamilienhaus an der Bahnhofstrasse in Kreuzlingen. Beim Brand wurden acht Personen medizinisch vor Ort versorgt, zwei von ihnen mussten mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung ins Spital gebracht werden.


Die Einwohnerinnen und Einwohner wurden im Hotel Plaza untergebracht, da das Mehrfamilienhaus zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bewohnbar war. Die Bewohner hatten bei ihrer Flucht aus dem Haus nur gerade ihre Kleider an bzw. konnten auch später nur Kleider holen.

Am Dienstag, also nach den Osterfesttagen, nahm eine Bewohnerin dieses Hauses mit der Sozialhilfe Kreuzlingen telefonisch Kontakt auf und bat um Hilfe bzw. einen Termin. Diese Person bzw. ihre Tochter waren aufgrund einer geplanten Zahn-Operation in dieser Woche in einer noch spezielleren Situation und hatten viele Fragen. Obwohl die Person ihre persönliche missliche Lage schilderte und um Hilfe bat, bot man dieser Person erst in der nächsten Woche einen Termin an. Auch telefonisch wurden der Person keine Fragen beantwortet.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Warum konnte niemand dieser Person telefonisch Auskunft geben bzw. unkompliziert Hilfe anbieten bzw. sich jemand in dieser Woche um diese Person kümmern?
2. Warum war es nicht möglich, dieser Person, welche sich in einer doch sehr ausserordentlichen Lage befand, sehr zeitnah (unmittelbar oder zumindest in der gleichen Woche) einen Termin zu geben, um mit ihr ihre missliche Lage bzw. ihre Anliegen zu besprechen?
3. Wie geht das Sozialamt generell mit Notfällen/dringlichen Situationen um?
 - a. Wie ist ein Notfall/eine dringliche Situation definiert?
 - b. Wer beurteilt, ob ein Notfall/eine dringliche Situation vorliegt, um darauf angemessen zu reagieren?
 - c. Werden Termine bei Notfällen/dringlichen Situationen priorisiert oder existiert dieses Szenario gar nicht?
 - d. Wie ist der Pikettdienst über Feiertage organisiert?
 - e. Wie wird eine zeitnahe Bearbeitung von Notfällen bzw. dringlichen Situationen garantiert und wer ist dafür verantwortlich?

Besten Dank für die Beantwortung.


Judith Ricklin, Fraktion SVP
04.07.2024, Kreuzlingen

12.12.2018